

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Horst Ueberhorst
Carl Schurz
und die Deutschamerikaner

Klaus-Peter Schmid
Le Monde und die
Bundesrepublik Deutschland

Gerhart Binder
Der Aufsatz: 100 Jahre
Sozialistengesetz — ein Lehrstück
Stellungnahme
zu Günsche/Lantermann in B 41/78

Karl-Ludwig Günsche
Klaus Lantermann
Auf welchem Auge blind?
Gerhart Binder und die Objektivität
in der Geschichtswissenschaft

ISSN 0479-611 X

B 12/79
24. März 1979

Horst Ueberhorst, Dr. phil., geb. 1925 in Bochum; Studium der Philologie; 1965 mit dem Aufbau und der Leitung des Instituts für Leibesübungen der Ruhr-Universität Bochum beauftragt, 1967 Ernennung zum Institutsdirektor; 1969—1970 Sportreferent der Landesregierung im Kultusministerium Düsseldorf; seit 1970 o. Prof. an der Ruhr-Universität Bochum; 1972 Auszeichnung im Internationalen Carl-Diem-Wettbewerb.

Veröffentlichungen u. a.: Elite für die Diktatur. Die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten 1933 bis 1945, Düsseldorf 1969; Frisch, Frei, Stark und Treu. Die Arbeitersportbewegung in Deutschland 1893—1933, Düsseldorf 1973; Edmund Neuendorff — Turnführer ins Dritte Reich, Berlin 1970; Turner unterm Sternenbanner. Der Kampf der deutsch-amerikanischen Turner für Einheit, Freiheit und soziale Gerechtigkeit (1848—1918), München 1979; Geschichte der Leibesübungen, 5 Bände, Berlin 1972—1978.

Klaus-Peter Schmid, Dr. rer. pol., geb. 1942 in Mannheim; Studium der Volkswirtschaftslehre in Mannheim, Heidelberg, München und Paris; 1970 Stipendiat an der Ecole Nationale d'Administration (ENA), Paris; 1971—1973 Wirtschaftsredakteur der ZEIT in Hamburg; seit Anfang 1974 Frankreichkorrespondent der ZEIT mit Schwerpunkt Politik und Wirtschaft; Theodor-Wolff-Preis 1977.

Veröffentlichungen u. a.: Kann Frankreich den Wettlauf mit der deutschen Wirtschaft gewinnen?, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 12, 1971; Komplementarität und Konkurrenz in den deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen, in: Deutschland, Frankreich und die europäische Krise. Schriftenreihe des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg, Nr. 2 (1975); Frankreich vor der Zerreißprobe, in: Europäische Rundschau, Nr. 2, 1977; Frankreich vor den Wahlen, in: Europa-Archiv, 3. Folge 1978.

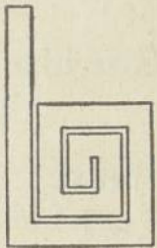
Gerhart Binder, geb. 1915 in Stuttgart; Studium der Geschichte, Germanistik und Philosophie an den Universitäten Tübingen und München; nach 1945 Herausgeber der Buchreihe „Der Deutschespiegel“; bis 1960 am Gymnasium, bis 1968 an der heutigen Fachhochschule Ulm; seitdem Professor für Politikwissenschaft und deren Didaktik an der Pädagogischen Hochschule in Weingarten.

Buchveröffentlichungen u. a.: Gebändigte Dämonen. Von der Überwindung der Gewalt, Stuttgart 1946; Epoche der Entscheidungen, Stuttgart 1960; Handbuch der Geschichte, Band V, Weinheim 1964; Diktatur und Freiheit, Stuttgart 1966; Die Große Provokation. Kritische Bilanz im dritten Jahrzehnt der deutschen Teilung, Stuttgart 1969; Geschichte im Zeitalter der Weltkriege, 2 Bände, Stuttgart 1977; Terror und Widerstand. Brandmale unserer Zeit?, Würzburg 1979.

Klaus Lantermann, Dipl.-Politologe, geb. 1942, Studium der Publizistik und Politologie in Bonn und Berlin; Redakteur.

Gemeinsame Veröffentlichungen: Kleine Geschichte der Sozialistischen Internationale, Bonn-Bad Godesberg 1977; Verboten, aussperren, diffamieren. Hundert Jahre Sozialistengesetz und verwandte Praktiken, Köln/Frankfurt (Main) 1978.

Karl-Ludwig Günsche, geb. 1941, Studium der Germanistik, Psychologie und Zeitungswissenschaft; politischer Redakteur.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Carl Schurz und die Deutschamerikaner

Obwohl die Deutschen in der 200jährigen Geschichte der Vereinigten Staaten von Nordamerika unter den ethnischen Gruppen das zahlenmäßig stärkste Einwanderungskontingent stellten und einen bedeutenden Beitrag zur kulturellen Gesamtentwicklung des Landes leisteten, haben doch nur wenige von ihnen so überragende Bedeutung erlangt, daß sie die Geschicke des Landes wesentlich mitbestimmen konnten.

Unbestritten sind die hohen Verdienste, die sich Carl Schurz um die Entwicklung der amerikanischen Demokratie, insbesondere um deren moralische Festigung, erworben hat. In den fünf Jahrzehnten seines öffentlichen Wirkens hat er als Soldat, Diplomat, Politiker und Publizist für die Durchsetzung demokratischer Freiheitsideen gekämpft und dabei — getragen von dem großen Vertrauen seiner deutschstämmigen Landsleute — breitere und tiefere geistige Spuren hinterlassen als jeder andere Deutschamerikaner. Hier nur die wichtigsten Stationen seines Wirkens in den USA nach der Ankunft in New York im September 1852: 1856 Eintritt in die amerikanische Politik, April 1857 Stadtrat in Wauwatosa, Wisconsin, 1860 Wahlkampf für Lincoln, 1861/62 amerikanischer Gesandter in Spanien, 1862/64 General in der Unions-Armee, 1865 im Auftrag von Präsident Johnson Inspektionsreise in die Südstaaten, 1867 Herausgabe der „Westlichen Post“ in St. Louis, 1869—1875 Senator des Staates Missouri, 1870 Gründung der Liberal-Demokratischen Partei als Alternative zu Präsident Grants korrupter Administration, 1877—1881 Innenminister unter Präsident Hayes, Entpolitisierung der Zivilverwaltung, Schutz der Indianer, Schaffung von Naturschutzparks, 1881 Hauptschriftleiter der „New York Evening Post“, 1892 Vorsitzender des Bundes für Verwaltungsreform in den Vereinigten Staaten, 1898 bis zu seinem Tode 1906 Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus.

Am 2. März 1829 als Sohn eines Schulmeisters in Liblar bei Köln geboren, beschreibt Carl Schurz in seinen „Lebenserinnerungen“ den Weg, der ihn aus dörflicher Idylle und patriarchalischer Lebensform nach dem Besuch

eines Kölner Gymnasiums 1847 an die Bonner Universität führt, wo er mit Gottfried Kinkel, seit 1846 Professor für Kunst- und Kulturgeschichte, Freundschaft schließt. Als begabter junger Student der Geschichts- und Literaturwissenschaft, der bald einer der führenden Köpfe der Burschenschaft „Frankonia“ wurde, hegt er den Wunsch, einmal eine wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen, doch die politischen Ereignisse drängen den liberal-revolutionären Sprecher der Bonner Studentenschaft in eine andere Richtung.

Mit Ausbruch der Revolution von 1848, die alle Gesellschaftsklassen durchdrang, reiht er sich in die Schar der Revolutionäre ein. Im September dieses Jahres nimmt er als Bonner Delegierter an dem Studentenkongreß in Eisenach teil, der sich die Bildung einer nationalen Organisation der deutschen Studentenschaften zum Ziel gesetzt hatte. Als sein Freund und Lehrer Gottfried Kinkel in das Frankfurter Nationalparlament gewählt wird — er hatte bei den Märzunruhen 1848 mit einer schwarzrotgoldenen Fahne auf der Bonner Rathhaustreppe gestanden und eine begeistert aufgenommene Freiheitsrede gehalten —, übernimmt Schurz die von Kinkel gegründete „Neue Bonner Zeitung“, die für ein freies und geeintes Deutschland wirbt. Hier zeigt Schurz, der schon als Redner hervorgetreten ist, erstmals eindrucksvoll seine publizistischen Fähigkeiten. Eine erstaunliche Zahl von Leitartikeln stammt aus seiner Feder. So schreibt er am 1. März 1849 in seinem Artikel „Die politischen und die sozialen Fragen“: „Das Volk sucht eine Staatsform, die ihm Raum genug gebe, seine sozialen Mißstände abstellen, seine erweiterten Freiheitsbegriffe und Freiheitsbedürfnisse fassen zu können. Das Volk fordert Abstellung der Klassenunterschiede, es fordert starke Progressivsteuern, es fordert eine vollständige und rechtliche Gleichheit aller Individuen in allen Verhältnissen.“¹⁾ Sein Ziel ist es, die gefahrbringende Kluft des Klassenhasses, die wiederholt auf Versammlungen deutlich geworden war, durch sozialen Ausgleich zu beseitigen.

¹⁾ Otto Dannehl, Carl Schurz. Ein deutscher Kämpfer, S. 296.

Bald aber werden die „Märzerrungenschaften“ — die Gewährung freiheitlicher Rechte — durch die preußisch-österreichische Reaktion wieder in Frage gestellt bzw. rückgängig gemacht. Im Kampf um die Durchsetzung der vom Parlament verabschiedeten, von den Großmächten aber nicht gebilligten Reichsverfassung, kommt es 1849 in Sachsen (Dresden), im preußischen Rheinland (Iserlohn, Düsseldorf, Elberfeld), vornehmlich aber in Baden und der Rheinpfalz zu Aufständen, die in Südwestdeutschland nach dem Übertritt der badischen Armee zu den Aufständischen den Charakter einer Volkserhebung annehmen. Schurz und Kinkel sind in Bonn die unbestrittenen Führer des Aufstandes. Auf Antrag von Schurz faßt die Bürgerversammlung folgenden Beschluß: „Die Volksversammlung erklärt, daß sie den Kampf der Regierung gegen die Nationalversammlung für einen Entscheidungskampf des Absolutismus gegen die Volkssouveränität erkennt. Sie verspricht, sich mit entscheidender Tatkraft auf die Seite der Letzteren zu stellen.“²⁾

Kinkel und Schurz scheitern zwar mit ihrem Plan, das Siegburger Zeughaus zu stürmen, ziehen dann aber in die Pfalz und nach Baden, wo sie an den Kämpfen teilnehmen. Dabei wird Kinkel verwundet und gerät in preußische Gefangenschaft, während Schurz die abenteuerliche Flucht aus der von preußischen Truppen eingeschlossenen Festung Rastatt durch einen unterirdischen Kanal gelingt. Von der Schweiz und dann von Frankreich aus bereitet Schurz, gegen den von der preußischen Regierung Haftbefehl erlassen worden ist, die Befreiung des zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilten Freundes Kinkel vor, der im stark bewachten Spandauer Zuchthaus einsitzt. Ausführlich schildert Schurz in seinen „Lebenserinnerungen“, wie er in wochenlanger Kleinarbeit die Flucht vorbereitete, die über Neustrelitz, Rostock und Warnemünde nach England führt. Die Befreiung seines Lehrers und Freundes Kinkel, die soviel Mut, Kaltblütigkeit, Verschwiegenheit, psychologisches Geschick und minutiöse Planung voraussetzte, machte Schurz schon berühmt, bevor er 1852 von London aus mit seiner jüdischen Frau, Tochter einer wohlhabenden Hamburger Kaufmannsfamilie, die Schiffsreise nach New York antritt.

Beutesystem und Sklaverei

Es dauert nicht lange, da wird dem die politischen Ereignisse scharf beobachtenden und analysierenden Schurz klar, daß die amerikanische Demokratie an zwei „Krebsschäden“ leidet, an dem sogenannten Beutesystem und der Negersklaverei. Der Kampf um die Beseitigung dieser die Einheit der Nation bedrohenden Mißstände sollte sein weiteres Leben bestimmen. Den Eindruck seines ersten Besuchs in Washington im Frühjahr 1854, als er einigen Kongreßdebatten beiwohnt und von dem Ämterschacher und Machtmißbrauch großen Stils erfährt, faßt er in den Worten zusammen: „Das war eine erschreckende Enthüllung. Es war mein erster Blick in die Tiefen der großen ‚amerikanischen Regierungsinstitution‘, die ich in der Folge mit dem Namen ‚Beutesystem‘ zu bezeichnen lernte. Daß die Amerikaner jedesmal, wenn eine andere Partei ans Ruder kam, jeden Postmeister im Lande wechselten, hatte ich allerdings schon gehört . . ., daß aber fast alle Ämter unter der gegenwärtigen Regierung als ‚öffentliche Beute‘ betrachtet werden sollten und daß Staatsmänner, die in den Kongreß geschickt wurden, um Gesetze zum Bestehen des ganzen Landes zu machen, ihre Zeit und Arbeit als Kraft dazu verwandten, diese öffentliche Beute zu erlangen und zu verteilen, und daß ein freies Volk sich dem fügen sollte — das überstieg alle Begriffe.“³⁾

Und als Carl Schurz am 4. März 1854 Washington verläßt, nachdem die Befürworter der Sklaverei sich im Senat bei der Verabschiedung der Kansas-Nebraska-Bill durchgesetzt haben, schreibt er: „Ich nahm einige mächtige Eindrücke mit. Ich hatte gesehen, wie das Sklaventum von einigen seiner hervorragendsten Vertreter offiziell repräsentiert wurde, ich sah, wie diese Vertreter hochfahrend, trotzig, gebieterisch sich gebärdeten, leidenschaftlich eine unbegrenzte Ausbreitung für ihre Prinzipien verlangten und um ihrer eigenen Existenz willen die heiligsten Grundprinzipien freier Institutionen bedrohten, das Recht freier Untersuchung, das Recht freier Sprache, ja die Union und die Republik selbst. Im Bündnis mit dem Sklaventum sah ich nicht nur weitgehend materielle Interessen und einen aufrichtigen, aber leicht eingeschüchterten Konservatismus, sondern auch

²⁾ Ebd. S. 348.

³⁾ Carl Schurz, Lebenserinnerungen, Bd. 2., Berlin 1906—12, S. 17.

einen egoistischen Parteigeist und ein schlaues und gewissenloses Demagogentum, die alle vereint eine gewaltige Anstrengung machten, das moralische Gefühl des Nordens zu verwirren. Gegen diese Verbündeten sah ich eine kleine Minorität getreulich den Kampf führen für Freiheit und Zivilisation. Ich sah, wie die entscheidende Schlacht immer näher rückte, und ich fühlte den unwiderstehlichen Drang, mich vorzubereiten, um an dem Kampfe, wenn auch in noch so bescheidener Weise, teilzunehmen.“⁴⁾

Was Schurz von vielen „Achtundvierzigern“ unterscheidet, ist die frühe Zielstrebigkeit, mit der er sich eine berufliche Existenz sicherte und für das Gemeinwohl arbeitete. Er distanzierte sich sowohl von der Deutschtümelei mancher Flüchtlinge als auch von den nicht enden wollenden Querelen jener, die sich gegenseitig die Schuld für die mißglückte deutsche Revolution zuschoben. Dennoch soll nicht verkannt werden, daß es unter den Einwanderern keine Gruppe gab, die sich so geschlossen und loyal für die Ideale und Ziele der Republik einsetzte wie die „Achtundvierziger“.

Von New York aus reist Schurz in den Mittleren Westen — Ohio, Indiana, Illinois —, läßt sich dann aber in dem damals 8 500 Einwohner zählenden Städtchen Watertown in der Nähe von Milwaukee, Wisconsin, nieder. Nun studiert er intensiv amerikanisches Recht und amerikanische Verfassungsgeschichte und wird beim Gericht in Milwaukee als Anwalt zugelassen.

Wisconsin, das 1848 in die Union aufgenommen worden war, zog damals eine große Zahl von Deutschen an, die sich insbesondere in Milwaukee niederließen, das sich dann, getragen von der Aktivität deutscher Intellektueller der Revolution von 1848/49, in relativ kurzer Zeit zu einem kulturellen Zentrum im Mittleren Westen entwickeln konnte. Zahlreiche Vereine wurden von Deutschen gegründet: Freidenkervereine, Musikalische Gesellschaften, Turnvereine, deutsch sprechende Sektionen der Demokratischen und Republikanischen Partei, Schul- und Theatergesellschaften u. a. mehr. Es gibt kaum einen Deutschen, der nicht der einen oder anderen Vereinigung angehört, die Geselligkeit bietet und ihm auch die Eingliederung in die neue Umgebung erleichtert. Insbesondere der 1853 ge-

gründete „Soziale Turnverein“ mit seinen jährlich durchgeführten turnerischen Wettkämpfen und Schaustellungen, seinen kulturellen Programmen wie Vorträgen, Debatten, Theater- und Konzertaufführungen und den festlichen Bällen wird bald zum Mittelpunkt des gesellig-kulturellen Lebens der deutsch-amerikanischen Bürger. Die reiche kulturelle Entfaltung führt dazu, daß Milwaukee den Namen „Deutsch-Athen am Michigan-See“ erhielt.

Die Mehrzahl der deutschen „Achtundvierziger“ war sozialpolitisch engagiert. Da es aber in Wisconsin damals keine nennenswerten Klassenunterschiede gab und strebsame Naturen sich leicht eine selbständige Existenz errichten konnten, konzentrierte sich der Kampf der sozialreformerischen „Achtundvierziger“ zum einen auf die Auseinandersetzung mit dem „Pfaffentum“ und zum anderen mit den nativistischen „Know-Nothings“. Die Kirchen werden angeklagt, freie Ideen unterdrückt und wissenschaftliche Wahrheiten bekämpft zu haben. Man machte sie ferner für Sonntagsgesetze und den Temperenzzwang verantwortlich, mit denen sie Vergnügen und Geselligkeit — so auch die fröhlichen Biergelage — einzuschränken versuchten. Die „Know-Nothings“ waren eine Geheimorganisation, die nach dem Grundsatz: Americans ruling America den Einfluß des deutschen Elements auf staatliche und öffentliche Institutionen zurückzudrängen versuchen. Die „Achtundvierziger“ glauben demgegenüber, dazu berufen zu sein, in Nordamerika die ideale Demokratie zu verwirklichen. Daher verhalten sie sich zumeist sehr taktlos gegenüber amerikanischen Traditionen, kritisieren mit äußerster Schärfe die Schwächen der amerikanischen Demokratie — so sehen sie in der Präsidentschaftsdemokratie angesichts der Machtfülle des Präsidenten eine „verkappte Monarchie“ — und fordern radikal die Direktwahl der Abgeordneten und deren mögliche Abberufung, falls sie gegen den Willen der Wähler verstießen.

Die später alles beherrschende Sklavenfrage spielte indes Anfang der fünfziger Jahre in Wisconsin, dessen Bevölkerung zu 69 Prozent deutscher Abstammung war, noch keine Rolle bei der politischen Auseinandersetzung. Carl Schurz war einer der ersten, der sich im Mittleren Westen für die Negerbefreiung einsetzte. Männer wie der erste deutschstämmige Gouverneur New Yorks, Jacob Leister, ferner die Deutschen Franz Daniel Pastorius, ein Freund William Penns, und Johann Peter Zenger, ein

⁴⁾ Ebd. Bd. 2, S. 28.

Wegbereiter der freien Presse Amerikas, haben aus religiös-moralischen oder liberalen Erwägungen bereits vorher gegen die Sklaverei öffentlich protestiert. Pastorius verfaßte 1688 das erste Manifest gegen die Sklaverei. Der Deutsche Karl Follen, der im Zuge der Metternichschen Restaurationspolitik als überzeugter Republikaner 1820 seine Heimat hatte verlassen müssen und 1825 an der Harvard Universität eine Professur für deutsche Sprache und Literatur erhielt, engagierte sich so stark in der Anti-Sklavereifrage, daß er 1830 seine Professur aufgeben mußte. Er blieb aber bis zu seinem frühen Tode 1840 ein mutiger und geistvoller Streiter für die von ihm vertretenen Prinzipien menschlicher Würde und Freiheit.

Angesichts dieser Mahnungen von Deutschamerikanern aus dem Osten der USA ist es erstaunlich, daß sich die Deutschamerikaner im Mittleren Westen der Sklavenfrage gegenüber solange indifferent verhielten. Erst Carl Schurz leitet hier eine Wende ein. Als er sich 1856 beim Wahlkampf für den Präsidentschaftskandidaten der Republikanischen Partei, John C. Frémont, einsetzt und die Sklaverei öffentlich verdammt, wird man auf den redegewandten Deutschamerikaner aufmerksam. Der Senator Wisconsins, Harvey, fordert ihn bei einer Begegnung auf, die deutschen Hörer bei einer republikanischen Versammlung auf deutsch anzureden. Allerdings erlebt Schurz hier alsbald auch die negativen Seiten des amerikanischen Wahlkampfes, nämlich Ellenbogentaktik und Gewaltanwendung. „Sie (die politischen Gegner) unterbrachen meine Reden mit Johlen und Pfeifen und anderen störenden Geräuschen. Zuweilen gingen sie soweit, die Fenster in den Sälen, wo ich sprach, zu zertrümmern, indem sie Steine oder andere noch unangenehmere Gegenstände dagegen warfen. So begegnete ich in meiner ersten Kampagne dem Parteigeist in einer nicht nur unbilligen, sondern auch in brutaler Gestalt. Dies beunruhigte mich nicht wenig. Ich war mir bewußt, niemandem etwas Böses zu wünschen noch selbstische Zwecke zu verfolgen. Die Sache, die ich befürwortete, schien mir so selbstverständlich recht und gerecht zu sein — es war die Sache der Freiheit, der Menschenrechte, der freien Regierung, an der alle Menschen ein gemeinsames und gleiches Interesse haben mußten.“⁵⁾

Im Herbst 1857 schicken die Republikaner von Watertown Schurz als ihren Vertreter in den republikanischen Staatskonvent, der die Kandidaten für die Staatsämter aufstellen soll. Das folgende Jahr 1858 ist ausgefüllt mit zahlreichen Vorträgen und Wahlreden für den Senat. Dann wird er Zeuge der berühmten Douglas-Lincoln-Debatte in Quincy-Illinois, wo er erstmals dem Manne begegnet, der so „gewaltig und eindrucksvoll“⁶⁾ auf ihn wirken und sein Leben entscheidend beeinflussen sollte: Abraham Lincoln. 1860 bereits führt Schurz für ihn unter der Devise „For Lincoln and Liberty“ einen leidenschaftlichen, bis an den Rand der physischen Erschöpfung gehenden Wahlkampf, in dem es ihm gelingt, die fremdgeborenen Elemente, Holländer, Skandinavier und vor allem Deutsche, für die Sache Lincolns zu gewinnen. Wiederholt tritt er als Redner in Milwaukee auf. „Es war ein wahrer Genuß,“ so schreibt er, „auf diese Weise mit meinen Landsleuten zusammenzukommen, die sich mit mir des gemeinsamen alten Vaterlandes erinnerten ...“⁷⁾ An sie richtet er den moralischen Appell, sich stets daran zu erinnern, „daß es die Pflicht, das hohe Vorrecht dieser amerikanischen Republik sei, der freiheitsliebenden Menschheit als Leitstern, als Fackelträgerin der Zivilisation zu dienen. Immer wieder gemahnte ich sie, daß diese große Mission nur erfüllt werden könne, wenn ein unerbittlicher Krieg geführt werde gegen alle Mißbräuche und unedlen Bestrebungen in unserer heimischen Politik ...“⁸⁾

Schurz wird Amerikas Gesandter in Spanien

Lincoln belohnt den ehrgeizigen Schurz, dem er seinen Wahlsieg wesentlich zu verdanken hat — manche Zeitgenossen nennen ihn den „presidentmaker“ — indem er ihn zum amerikanischen Gesandten in Spanien ernennt. Am 28. März 1861 empfängt Schurz aus der Hand Lincolns seine Ernennungsurkunde, bleibt aber noch, da bald darauf der Krieg ausbricht und es ihn drängt, „für die alte Sache der menschlichen Freiheit“⁹⁾ zu kämpfen, eine Zeitlang im Lande. In New York stellt er ein deutsch-amerikanisches Reiterregiment auf, doch dann

⁶⁾ Ebd. Bd. 2, S. 79.

⁷⁾ Ebd. Bd. 2, S. 148.

⁸⁾ Ebd. Bd. 2, S. 150.

⁹⁾ Ebd. Bd. 2, S. 172.

⁵⁾ Ebd. Bd. 2, S. 49.

duldet die spanische Mission keinen längeren Aufschub mehr.

Mitte Juli 1861 überreicht er am königlichen Hof in Madrid sein Beglaubigungsschreiben. In Madrid kann er bald gute Kontakte herstellen und so die Grundzüge der amerikanischen Innen- und Außenpolitik seinen Gesprächspartnern erläutern. Doch angesichts der sich verschlechternden Lage an den Fronten des amerikanischen Bürgerkrieges werden die Monate in Spanien für ihn zur Qual. Er schreibt daher an den Präsidenten und bittet um Beurlaubung von seinem Posten; es drängt ihn zur kämpfenden Truppe. Um sich auf die kommenden Ereignisse vorzubereiten, hat er die Zeit in Madrid zu strategischen Forschungen genutzt¹⁰⁾. Aber nicht nur die schlechte Kriegslage beunruhigt ihn und erklärt seinen dringenden Wunsch nach Rückkehr in die USA, sondern auch die halbherzige bzw. zweideutige Haltung der Regierung in der Sklavenfrage. Es scheint ihm, als sei sie nur darauf bedacht —, mit Rücksicht auf die sogenannten Grenzstaaten — die Bedeutung der Sklaverei herunterzuspielen¹¹⁾.

Die Besorgnis, daß Lincoln in der Sklavenfrage zu nachgiebig sein würde, teilt er mit vielen Deutschamerikanern. Wortführer der radikalen Deutschamerikaner ist der bekannte Publizist Karl Heinzen, der schon die Antrittsbotschaft Lincolns am 7. März 1861, in der dieser die Sklavenfrage behandelte, bissig und sarkastisch mit den Worten kritisiert hatte: „Durchaus schwach, knieschlotterig, unwürdig, ja feige verhält sich die Botschaft den Verrätern und Rebellen gegenüber. Sie geht nicht davon aus, daß Verbrechen gegen die Konstitution und Union begangen worden sind, die um jeden Preis wieder getilgt werden müssen ... Der Wassertrinker Lincoln scheint Wasser statt Blut in den Adern zu haben. Und doch hat er Galle, aber für wen? Nur für die armen flüchtenden Sklaven, die als Sündenböcke gehetzt, und für die Nachfolger John Browns, die nicht zu den ‚Freunden‘ gehören, sondern gehenkt werden sollen. Mit der Kette der Sklaven und dem Strick der Freiheitsmartyrer will Herr Lincoln die Union wieder zusammenbinden.“¹²⁾

¹⁰⁾ Ebd. Bd. 2, S. 212.

¹¹⁾ Ebd. Bd. 2, S. 216.

¹²⁾ C. H. Boppe, Zur Geschichte der Sklaverei, in: Turnerkalender des Nordamerikanischen Turnerbundes 1886, Milwaukee, Wisc., S. 111.

Erst die sich dramatisch überstürzenden Ereignisse und die außerordentlichen Dimensionen, die der Krieg annimmt, drängen Lincoln, der zunächst mit äußerster Zähigkeit an seiner vorgefaßten Politik festhält — im Interesse der wiederherzustellenden Einheit der Union die Südstaaten zu schonen —, eine andere Entscheidung auf. Lincoln willigt in die Bitte von Schurz um Beurlaubung von seinem spanischen Posten ein und bewegt ihn sogar zu einer Rede am 6. März 1862 im Cooper Institut in New York, in der Schurz sich wiederum als entschiedener Gegner der Sklaverei bekennt. Noch am selben Abend verkündet Lincoln die schrittweise Aufhebung der Sklaverei. Schurz drängt nun Lincoln, ihm ein militärisches Kommando zu geben. Nach einigem Zögern entbindet der Präsident Schurz von seinen diplomatischen Pflichten und ernennt ihn mit Einwilligung des Kongresses zum Brigadegeneral und Kommandeur einer deutsch-amerikanischen Division unter Frémont. Schurz nimmt zwei Jahre (1862—1864) am Bürgerkrieg teil und bewährt sich als Soldat und Truppenführer, auch wenn man ihn für zwei militärische Niederlagen mitverantwortlich machte. Er wird zum Generalmajor befördert. Die von ihm befehligten deutsch-amerikanischen Einheiten haben sich in bekannten Schlachten wie Bull Run II, Chancellorsville, Gettysburg und Missionary Ridge ausgezeichnet.

Die Beteiligung der Deutschen am Bürgerkrieg verdient besondere Erwähnung. Insgesamt lag die Zahl der Deutschen, die in der Unionsarmee kämpften, wesentlich höher, als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprach. Zahlreiche Kommandeure der ca. 25 größtenteils aus Deutschen bestehenden Regimenter — allein der Staat New York stellte zehn reindeutsche Regimenter — hatten schon an der Revolution von 1848/49 in Deutschland teilgenommen; einige von ihnen brachten es bis zum General.

Als trotz materieller und zahlenmäßiger Überlegenheit der Unionsarmee entscheidende Kriegserfolge ausbleiben, wächst die Unzufriedenheit mit Lincoln. Schon ab 1861 hatte Karl Heinzen, wie bereits erwähnt, die angebliche Prinzipienlosigkeit der Lincolnschen Politik kritisiert und in den folgenden Jahren die Deutschen wiederholt zur Rettung der Republik aufgerufen. 1863 betreibt er die Gründung des „German National Central Committee“, das sich für Frémont als Präsidentschaftskandidaten bei den kommenden Wah-

len ausspricht. „Daß die Opposition gegen Lincoln von so ehrenwerten Männern unterstützt werden konnte, war in der Tat ein besorgniserregendes Symptom“, schreibt Schurz, aber er erkennt auch klar: „Falls die Regierung in die Hände der Demokraten fiel . . ., war es mehr als wahrscheinlich, daß entweder die Union aufgelöst oder aber durch einen die Sklaverei erhaltenden Vergleich wieder zusammengeflickt würde.“¹³⁾ Tatsächlich hat die Popularität des Präsidenten damals ihren Tiefpunkt erreicht. Selbst in seiner eigenen Partei vermag er die divergierenden Kräfte kaum zusammenzuhalten. In der Presse wird er in wüster Form beschimpft.

In dieser schwierigen Situation nimmt Lincoln das Angebot von Carl Schurz an, aus der Armee auszuschneiden, um für ihn als Wahlredner auftreten zu können. Schurz tut dies zum zweiten Mal mit großem Erfolg, zumal er die Deutschamerikaner nach dem Verzicht Frémonts auf die Präsidentschaftskandidatur und nach der Auflösung der auf Betreiben Heinzens gegründeten Partei weitgehend hinter sich bringen konnte. Der Stimmungsumschwung zugunsten Lincolns vollzieht sich nach den Aussagen von Schurz allerdings erst, als sich mit dem Vormarsch General Shermans die entscheidende militärische Wende zugunsten der Union anbahnte. „Da kam plötzlich die begeisterte Nachricht von Shermans siegreichem Marsch bis ins Herz von Georgia hinein und von der Eroberung von Atlanta. Im ganzen Norden entzündete die Kunde eine jubelnde Begeisterung, und die Erklärung, daß der Krieg ein Mißerfolg sei, wurde hinfort nur noch höhnisch belacht. Und endlich, schwerwiegender vielleicht als alles andere, machte sich die Liebe des Volkes für Abraham Lincoln in seiner ganzen Innigkeit geltend.“¹⁴⁾ Mag dies auch übertrieben erscheinen, denn der eigentliche Stimmungsumschwung zugunsten Lincolns erfolgte erst mit dessen Ermordung bei Kriegsende und der unmittelbar danach einsetzenden Verehrung Lincolns als Märtyrerpräsident, so kann doch kein Zweifel daran bestehen, daß Schurz durch seine Agitation im Wahlkampf für Lincoln den Stimmungsumschwung bei den Deutschamerikanern intensiv vorbereitet hat.

Wandel in der Beziehung zur neuen Heimat

Das Ende des Krieges leitet für Schurz wie für die meisten „Achtundvierziger“, die daran teilgenommen hatten, einen Wandel in ihrer Beziehung zu der neuen Heimat ein. Sie haben die Amerikaner besser verstehen gelernt und versöhnen sich nun auch mit den Formen des amerikanischen Lebens, die sie vorher so heftig kritisiert hatten. Die harte Wirklichkeit des Krieges, Frontkameradschaft und Opferbereitschaft ließen sie reifen und weiteten ihren Blick für reale Gegebenheiten und das praktisch Machbare. In ihrem Streben nach sozialer Gerechtigkeit und Freiheit wurden manche utopischen Forderungen aufgegeben. Die „Achtundvierziger“ integrierten sich in die amerikanische Gesellschaft, sie wurden ein Teil Amerikas¹⁵⁾.

Lincolns geistiges Vermächtnis ist für Schurz eine mahnende Verpflichtung, sich für die Festigung der freiheitlich-rechtsstaatlichen Ordnung einzusetzen. Sein Wesen wandelte sich, Schroffheit und Arroganz traten zurück, Eitelkeit und Egozentrik wichen einem größeren Verstehen für andere und einer erhöhten Selbstdisziplin. Schon bald zeigt sich das von einer Parteiverpflichtung freie Urteil, als Schurz im Auftrag des neuen Präsidenten Andrew Johnson die Südstaaten bereist und zum Ärger Johnsons in seinem Abschlußbericht nicht die neue Politik billigt, sondern vor einer übereilten Restaurationspolitik warnt, durch die — bei allzu schnell erlangter staatlicher Selbständigkeit der Südstaaten — die Sklaverei in veränderter Form wiederentstehen könne.

Im Frühjahr 1867 zieht Schurz nach St. Louis, wo er gemeinsam mit Dr. Emil Pretorius, wie er Immigrant und „Achtundvierziger“, die „Westliche Post“ herausgibt, im darauffolgenden Jahr führt er die Delegation Missouris auf dem Nationalkonvent der Republikaner in Chicago und wirbt für General Grant als Präsidentschaftskandidat; 1869 wird er nach einem heftigen Wahlkampf Senator von Mis-

¹³⁾ Carl Schurz, Lebenserinnerungen, Bd. 2, S. 372.

¹⁴⁾ Ebd., S. 376/77.

¹⁵⁾ E. A. Zucker, *The Forty-Eighters. Political Refugees of the German Revolution of 1848*, New York 1950, S. 219; C. Wittke, *Refugees of Revolution. The German Forty-Eighters in America*, Philadelphia 1952, S. 241.

souri. Bald darauf hält er zu der „Civil Service Reform“ seine erste große Rede im Senat, deren Ziel „eine gewisse Änderung in den Methoden der Ämterverteilung“ war, d. h. eine — wenn auch noch gebändigte — Kampf-ansage an das „Beutesystem“. Gleichzeitig mit Grants Bemühungen um eine Annektierung von Santo Domingo verschlechtern sich die Beziehungen zwischen Schurz und dem Präsidenten. Als der Präsident von seinen Plänen nicht abläßt und es zu militärischen Verwicklungen in Domingo kommt, stößt er auf den erbitterten Widerstand von Schurz, der ihm zuruft: „Lassen Sie sich nicht auf derlei Projekte ein; spielen Sie nicht mit Dingen, die die Zukunft dieser großen Nation vergiften können.“¹⁶⁾ Grant gibt nach und verzichtet auf eine Ratifizierung der Annexionsverträge. Wiederum stellt sich Schurz gegen Grant, als dieser zu einer Strafpolitik gegenüber dem Süden entschlossen war, um des Ku-Klux-Klan-Unwesens Herr zu werden.

Schurz verfißt eine liberale Politik auf der Grundlage einer psychologischen Beeinflussung der Südstaaten, um die Beziehungen zwischen Nord und Süd zu normalisieren und die ehemaligen Rebellen wieder voll in die Union zu integrieren. In den nun folgenden Jahren häufen sich unter der Grant-Administration Korruption und Betrug, Skandale und wilde Spekulationen; hinzu kommt die wirtschaftliche Depression (1873—1878) mit steigender Arbeitslosigkeit, Zusammenbruch kleinerer, vor allem handwerklicher Betriebe und allgemeiner wirtschaftlicher Not. Hunger und Elend trieben die Zahl der Selbstmorde und Verbrechen in die Höhe.

Am 4. März 1875 läuft für Schurz die Amtszeit als Senator ab. In wichtigen Entscheidungen hatte er wiederholt seine Unabhängigkeit demonstriert, war seinen sittlichen Grundsätzen treu geblieben, hatte 1872 gegen heimliche Waffenlieferungen an Frankreich protestiert und gegen inflationistische Tendenzen gekämpft; als die Regierung von der Goldwährung abrücken und die Depression mit Massen von Papiergeld beseitigen will, wendet er sich schließlich anlässlich neuer Spannungen im Süden gegen eine militärische Einmischung in Louisiana und plädiert für das in der US-

Konstitution verankerte Recht der Selbstregierung.

Als dann das Wahljahr 1876 heranrückt — Steuerbetrug, Beamtenbestechung, Skandale erreichen ihren Höhepunkt —, entschließt sich Schurz, gemeinsam mit anderen Unabhängigen und Reformwilligen alle Anstrengungen zu unternehmen, um innenpolitisch eine Wende herbeizuführen. Er ist die treibende Kraft bei der Aufstellung von General Rutherford B. Hayes zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten. In der Überzeugung, daß die Republikanische Partei zu einer politischen Kurskorrektur entschlossen ist, hat Schurz, der vorher die Schuld für die Parteispaltung auf sich nahm, sich wieder den Republikanern genähert. Hayes, auf Schurz' wesentliche Forderungen verpflichtet: Zivildienstreform, Gesundung der Staatsfinanzen, Restituierungspolitik im Süden, nimmt die Nominierung an und wird am 1. März 1877 Präsident der USA. Obwohl er befürchten muß, daß Schurz „ein störendes Element“¹⁷⁾ sein könnte, wenn er ihn in sein Kabinett aufnähme, entscheidet er sich für die Zusammenarbeit mit ihm und beruft ihn zu seinem Innenminister. Erfolge blieben nicht aus. Der Süden erhält die Selbstverwaltung zurück, und die Politik der Grantschen Gewaltmethoden wird damit beendet. Das Kabinett billigt einstimmig den von Schurz vorgelegten Plan einer Zivildienstreform; zukünftig sollen Eignung und Leistung bei Beförderung von Beamten alleiniger Maßstab für die Einstellung sein. Damit ist ein wichtiger Schritt zur „Entpolitisierung“ der Beamtenschaft getan.

Ein anderes Anliegen des Innenministers Schurz ist die Erhaltung und Pflege der Wälder Amerikas, also Landschafts- und Umweltschutz. Seine Intention, anstelle bisherigen Raubbaus und rücksichtsloser Durchsetzung von Eigeninteressen eine staatliche Forstwirtschaft zu setzen und Abholzen der Wälder ohne anschließende Neupflanzung ebenso zu bestrafen wie ihr Niederbrennen, stößt bei den verschiedenen Interessengruppen auf harte Kritik.

Der Moralist Schurz bemüht sich sodann um eine Lösung der „Indian Affairs“, der Be-

¹⁶⁾ Carl Schurz, Lebenserinnerungen, Bd. 3, S. 357.

¹⁷⁾ Ebd. S. 407.

endigung der von Weißen an Indianern begangenen Gewalttaten und indianischer Raucheakte, um die Indianer in die amerikanische Gesellschaft zu integrieren. Auch hier trifft er auf eine starke Opposition. Viele sind überzeugt, daß die Indianer sich nie ‚zivilisieren‘ lassen würden und man sie deshalb unter ständiger strenger Überwachung halten müsse. Aber Schurz läßt sich nicht beirren, zumal eine von ihm eingesetzte Dreierkommission, bestehend aus je einem Vertreter des Justiz-, Kriegs- und Innenministeriums, das „Indian-Bureau“ als eine korrupte Körperschaft entlarvt und dessen Chef der Habgier, Unfähigkeit und Unehrenhaftigkeit überführen kann. Den bisherigen korrupten Praktiken stellte Schurz ein Aufbauprogramm entgegen, das die Schaffung von Indianer-Reservaten vorsieht, in denen US-Gesetze herrschen, Schulen gebaut, die Bevölkerung zu Ackerbau und Viehzucht angeleitet und amerikanischen Bürgern gleichgestellt werden sollten.

Obwohl sich Schurz mit diesen Maßnahmen als ein weitschauender, liberal denkender Politiker erwies, so trägt ihm nichts größere Feindschaft ein als seine Indianer-Politik. Erst weit später erkennt man die Weitsichtigkeit dieser Politik. Als Schurz 1881 aus dem Amt scheidet, hat er die nahezu uneingeschränkte Achtung und Zuneigung seiner Untergebenen gefunden, aber auch im Lande hat er sich selbst bei seinen Gegnern den Ruf eines arbeitsamen, ehrenwerten und unerschrocken für die Verwirklichung demokratischer Prinzipien kämpfenden Ministers erworben. Als Fazit der Amtszeit von Hayes ergibt sich für Schurz die Erkenntnis: „Die Bundesregierung hat... von neuem die Falschheit der alten Behauptung erwiesen, daß Beamtenbestechlichkeit die unausbleibliche Begleiterscheinung demokratischer Institutionen ist. Was für Mißgriffe die letzte Regierung auch getan haben mag..., so gibt man doch allseitig zu, daß sie gezeigt hat, wie eine tüchtige, ehrliche, sittlicher Achtung würdige Verwaltung in unserer Republik möglich ist.“¹⁸⁾

Die folgenden „freien“ Jahre sind mit journalistischer Tätigkeit und literarischen Arbeiten ausgefüllt. Schurz übernimmt die Redaktion der

in New York erscheinenden „Evening Post“ und betreibt intensive Archiv- und Aktenstudien für die zweibändige Biographie über den liberalen Politiker Henry Clay, die ihm wissenschaftliche Anerkennung bringt. Am Wahlkampf von 1884 nimmt er als Sprecher einer Gruppe von angesehenen „Unabhängigen“ teil, die den Spitznamen „Mugwumps“ erhielten. Sie können die Wahl des in der Bundespolitik wenig bewanderten Demokraten Grover Cleveland durchsetzen, den Schurz als Privatmann wiederholt brieflich „beraten“, aber auch heftig kritisiert hatte. In den Wahlkampf von 1892 greift Schurz, nunmehr Redakteur der Zeitschrift „Hapers Wochenblatt“, wiederum für die Demokraten ein und schreibt regelmäßig allgemein beachtete politische Leitartikel.

1882 wird Schurz zum Vorsitzenden des nationalen Zivildienstverbandes gewählt. In seinem Jahresbericht 1894 faßt er als wichtigste Aufgaben der von ihm geführten Organisation zusammen: Kampf dem Beutesystem, das die Lebenskraft der Nation bedrohe, das die Selbstsucht anstelle des Gemeingeistes zur Triebfeder des politischen Handelns mache, das die Auseinandersetzungen der Parteien, die um Prinzipien geführt werden sollten, zu einer Balgerei um die Beute erniedrige, das den „Boß“ und die „Maschine“ schaffe, aber den Staatsmann verdränge, das den Inhaber eines öffentlichen Amtes, der Diener des Volkes sein solle, in einen Parteidienner verwandle, das die Polizei zum Schutzgehilfen des Verbrechers mache und zum Schrecken derer werden ließe, deren Sicherheit sie bewahren solle. Unermeßlich sei der Schaden, den dieses System dem moralischen Ansehen der USA zufüge.

Schurz warnt McKinley vor einer Annexionspolitik

Obwohl Schurz sich im Wahljahr 1896 für den republikanischen Kandidaten McKinley einsetzt, verwirft er jeden Gedanken, „als Belohnung für geleistete Dienste“¹⁹⁾ in dessen Kabinett einzutreten. Dem neuen Präsidenten steht er als brieflicher Berater zur Verfügung. Er kann aber nicht verhindern, daß auch der

¹⁸⁾ Ebd. S. 430.

¹⁹⁾ Ebd. Bd. 3, S. 465.

Präsident von einem durch die Ereignisse in Kuba ausgelösten und von der amerikanischen Presse weitgeschürten „Kriegsfeuer“²⁰⁾ erfaßt wird. Schurz spricht sich entschieden gegen jeden Gedanken an eine Annexionspolitik aus, doch seine Briefe an den Präsidenten finden immer weniger Beachtung, wie auch seine mahnende Stimme von der Masse des Volkes damals kaum noch gehört wird. Auch die Deutschamerikaner, die in Schurz von jeher ihren öffentlichen Vertreter und Wortführer gesehen hatten, wandten sich zunächst von ihm ab, da sie ebenfalls von der Kriegspsychose erfaßt wurden. Sie traten in großer Zahl in die Armee ein. Als dann aber nicht nur Puerto Rico annektiert und Kuba amerikanisches Protektorat wurde, sondern die imperialistische Politik auch auf den pazifischen Raum übergriff und die USA die Philippinen okkupieren, wandten viele Deutschamerikaner, insbesondere die deutsch-amerikanischen Turner, sich wieder Schurz zu und wurden zu entschlossenen Gegnern der neuen imperialistischen Politik. Die Turner fühlen sich nun durch ihr früheres Eintreten für die amerikanische Kriegspolitik mitschuldig an der folgenschweren Entwicklung und warnen daher um so nachdrücklicher vor den Gefahren des Imperialismus. Kolonialpolitik war für sie unvereinbar mit der Durchsetzung der Menschenrechte, mit humanitären Prinzipien, auf denen die amerikanische Demokratie aufgebaut sein sollte.

Carl Schurz hatte sich schon 1893, also lange vor Ausbruch des Krieges, gegen jede koloniale Gebietserwerbung ausgesprochen und daher auch die aufziehende kriegerische Stimmung mit allen publizistischen Mitteln bekämpft. Am meisten fürchtete er die Rückwirkung eines Expansionskrieges auf die politischen Institutionen der amerikanischen Republik, deren moralisches Fundament er dadurch bedroht sah. Wieder einmal bezog er das stärkste Argument bei der Ablehnung der Expansionspolitik aus den für ihn geltenden Prinzipien der Politik. In jenen Jahren wird er einer der führenden Antiimperialisten der USA, der, wenn es um die Durchsetzung seiner Wertvorstellungen geht, auch vor einem Bruch mit Parteifreunden, wie z. B. Theodore Roosevelt, nicht zurückschreckt. Die katastro-

phalen Folgen einer Annexion der Philippinen sieht er voraus. Die Philippinen setzen ihren Kampf um die Unabhängigkeit auch nach dem Friedensschluß und der amerikanischen Annexion fort, der die Amerikaner mehr Geld und Menschenleben kostete als der Krieg gegen Spanien. Schurz schreibt im Wahlkampfbuch 1900 an seinen Freund Charles Francis Adams: „Wir haben uns eine verfassungswidrige Gewalt angemaßt, die Grundprinzipien unserer Demokratie im Stich gelassen, unsere Soldaten mutwillig in einer ungerichten Sache geopfert, Unschuldige grausam hingemordet und so eine in der Geschichte der Republik unerhörte, entsetzliche Blutschuld auf uns geladen. Diese Politik muß ganz unausbleiblich über unser Land Gefahren, Verrohung, Schande und Unheil heraufbeschwören . . .“²¹⁾

In dem Maße, in dem Schurz als moralisch-politische Autorität anerkannt wurde, wuchs auch die Verehrung, die ihm von den Deutschamerikanern zuteil wird. Selbst wenn für ihn die „Mission des Deutschtums in Amerika“, von der manche so schwärmten, in nichts anderem als in einer Modifikation des amerikanischen Geistes durch den deutschen und in einer Verschmelzung der Nationalitäten bestehen sollte²²⁾, war er doch zeitlebens stolz auf seine deutsche Herkunft. Er wußte, welch ein starkes Kulturbewußtsein die Deutschen in die USA mitgebracht hatten, wie bedeutend ihr Anteil für die Entwicklung der amerikanischen Zivilisation war, sei es in der Land- und Forstwirtschaft, im Städte- und Brückenbau, in der Medizin, in der Technik und Industrie; aber dem Kampf um die Erhaltung des Deutschtums dort, wo er ein verbissener Kampf um die Erhaltung der deutschen Sprache in einer englischsprechenden Umgebung wurde, brachte er nur wenig Verständnis entgegen, d. h. nur soweit er nicht zu einer Absonderung von den Amerikanern führte.

Seine Rede vom 12. August 1871 vor den Deutschen Chicagos läßt den großen Einfluß erkennen, den er auf die Deutschamerikaner hatte, aber auch die Liebe zum alten Vaterland, die sich widerspruchslos mit der Hingabe an seine neue Heimat vereint. Der Stolz auf die neugewonnene Machtstellung

²¹⁾ Ebd. Bd. 3, S. 479/80.

²²⁾ Ebd. Bd. 3, S. 289/90.

²⁰⁾ Ebd. Bd. 3, S. 470.

des Deutschen Reiches verbindet sich darin mit einer Mahnung an seine Landleute, nicht überheblich zu werden, keine Sonderinteressen zu verfolgen, dem neuen Vaterland uneigennützig zu dienen, das sie als freie Bürger aufgenommen habe. „Hier aber“ — so Schurz — „sind wir amerikanische Bürger, nicht mehr und nicht weniger. Und der deutsche Stolz soll uns hier nur zu dem Entschluß begeistern, zu den besten der amerikanischen Bürger zu zählen.“²³⁾ Die Mehrheit der Deutschen habe auch der sogenannten praktischen Politik, d. h. der Ausbeutungspolitik, ferner gestanden als die meisten anderen Gruppen, und auch in Zukunft werde die amerikanische Republik ihre deutschgeborenen Bürger zu den treuesten zählen. Dann aber ermahnt er sie zu geistiger Unabhängigkeit, zu verantwortungsbewußtem Handeln, um den der Republik drohenden Gefahren zu begegnen. „Folgt niemandem blindlings!“ — ruft er aus, „Vertraut nicht, sondern denkt! Schafft euch in dem Widerstreit der Meinungen mit gewissenhafter Sorge die eigene Überzeugung! Wenn ihr aber diese Überzeugung gewonnen habt, so fordere ich von euch, habt den Mut, als freie Männer danach zu handeln. Nicht daß wir alle immer gleich denken und handeln, sondern daß wir alle immer *ehrlich* denken und handeln, wird uns einen segensreichen Einfluß auf die Geschicke dieses Landes geben.“²⁴⁾

Als Carl Schurz am 14. Mai 1906 in New York stirbt, verlieren die Vereinigten Staaten einen Mann, der sich wie kein anderer Deutsch-amerikaner um sein neues Heimatland verdient gemacht hatte. Mit der späteren Gründung der Carl Schurz Memorial Foundation (New York 1930) wurde in Würdigung seiner Verdienste eine Institution geschaffen, die sich die Pflege deutsch-amerikanischer Beziehungen zur Aufgabe gemacht hat.

Zweifellos hat Carl Schurz einen großen Einfluß auf die Entwicklung der amerikanischen Staats- und Gesellschaftsordnung ausgeübt. Daraus läßt sich jedoch nicht auf einen bestimmten politischen und kulturellen Einfluß des deutschen Elements auf die amerikanische Gesellschaft im allgemeinen schließen.

²³⁾ Ebd. Bd. 3, S. 375.

²⁴⁾ Ebd. Bd. 3, S. 377.

Nur wenige Deutsche konnten überhaupt in politisch oder kulturell bedeutende Positionen gelangen; die Masse der deutschen Einwanderer, Bauern, Arbeiter, Handwerker, kleinere Kaufleute, hatte sich um die materielle Existenzsicherung zu sorgen und besaß auch nicht den Bildungsstand, um sich in einem fremdsprachigen Land im harten Konkurrenzkampf in eine Führungsposition hochzuarbeiten. Sie paßten sich schnell dem amerikanischen Lebensstil an. Lediglich die deutschstämmigen Bevölkerungsgruppen des Mittleren Westens übten unmittelbar vor und in dem Jahrzehnt nach dem Bürgerkrieg einen stärkeren Einfluß auf das politische Leben aus.

Schurz, den ein Zeitgenosse einmal als kühn, rücksichtslos und schwer zu kontrollieren charakterisierte, brachte im Unterschied zu den meisten seiner Landsleute hervorragende Voraussetzungen für eine politische Laufbahn mit: Er hatte die Privilegien einer klassischen Bildung und eines akademischen Studiums genossen, war juristisch geschult, sprachgewandt, wirtschaftlich unabhängig und bei aller Liberalität prinzipienfest. Er bekannte sich zu den Werten der amerikanischen Demokratie, wie sie in der Unabhängigkeitserklärung Jeffersons festgelegt waren, und kämpfte für die Durchsetzung dieser Prinzipien. Deshalb empfand er auch einen Parteiwechsel nicht als Untreue oder Illoyalität, sondern als eine notwendige moralische Entscheidung. Bezeichnenderweise äußerte er sich einmal über einen politischen Gegner, der ihn deswegen attackiert hatte: „Er hat niemals seine Partei verlassen. Ich habe nie meine Grundsätze verraten. Das ist der Unterschied zwischen ihm und mir.“²⁵⁾ Es erscheint nicht übertrieben, in ihm zur Zeit seines Wirkens das moralische Gewissen der amerikanischen Politik zu sehen.

Belastungsprobe für das deutsch-amerikanische Verhältnis

Als 1913 in New York ein Denkmal für Carl Schurz enthüllt wurde, das der deutschstämmige Karl Bitter entworfen hatte, konnte wohl keiner ahnen, daß die Deutschamerikaner we-

²⁵⁾ Ebd. Bd. 3, S. 392.

nige Jahre später in den USA einer Welle des Hasses begegnen würden. Zwar wurde mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges deutlich, daß bei der Stimmungslage, den traditionellen Bindungen der Amerikaner an den angelsächsischen Raum und bei den handelspolitischen Verflechtungen mit England eine strikte Neutralität sich kaum durchführen ließ, aber die Mehrheit der Bevölkerung war wie Präsident Woodrow Wilson davon überzeugt, daß Neutralität der für die USA einzig gangbare Weg sei. Wilsons Wunsch, die USA aus dem Krieg herauszuhalten, um einen „Frieden ohne Sieg“ vermitteln zu können, fand daher breite Unterstützung.

Obwohl viele Deutschamerikaner den Wilhelminischen Obrigkeitsstaat stark kritisiert und ihre Unzufriedenheit mit den politischen und sozialen Verhältnissen in Deutschland wiederholt öffentlich bekundet hatten, galten ihre Sympathien bei Kriegsausbruch doch eindeutig ihrer alten Heimat, der sie sich in der Not verbunden fühlten. Sie waren davon überzeugt, Deutschland führe einen Verteidigungskrieg. Daher unternahmen sie größte Anstrengungen, um die Regierung der USA zu strenger Neutralität zu verpflichten, konnten aber nicht verhindern, daß die Parteinahme der breiten Öffentlichkeit für die Alliierten ständig zunahm. Insbesondere die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Bootkrieges im Januar 1917 und die ohne vorherige Warnung erfolgte Versenkung von amerikanischen Schiffen im März 1917 führten am 6. April 1917 zur Kriegserklärung. Mit dem Kriegseintritt der USA begann die schwerste Belastungsprobe für die Deutschamerikaner. Obwohl sie Teile des amerikanischen Volkes waren und sich für die nationalen Ziele der USA entschieden eingesetzt hatten, wurden sie nun öffentlich beschimpft, ihre Geschäfte boykottiert und deutschstämmige Lehrer und Schüler von den Schulen vertrieben. In dieser Zeit wechselten viele Familien und Vereine, selbst Gemeinden und Städte ihren Namen und anglisierten diese, in der Hoffnung, dadurch Schwierigkeiten vermeiden bzw. ihre patriotische Gesinnung beweisen zu können²⁶⁾.

Antideutsche Ausschreitungen verschonten auch nicht das einst so gefeierte „Deutsch-Athen“ am Michigansee, die Stadt Milwaukee, der sich Carl Schurz besonders verbunden gefühlt hatte. Deutschsprachige Stücke durften nun nicht mehr gespielt, die deutsche Sprache an den öffentlichen Schulen nicht mehr gelehrt werden, obwohl die kulturelle Prägung dieser Stadt jahrzehntelang von Deutschen bestimmt worden war. Die anti-deutsche Hysterie erreichte ihren Höhepunkt, als Personen, die sich zu ihrer deutschen Abstammung bekannten und die Wilsonsche Politik kritisierten, verunglimpft und zu hohen Geldstrafen verurteilt oder sogar geteert und gefedert und Hunderte einer geheimen konspirativen Tätigkeit bezichtigt wurden. Angeblich hätten „subversive Elemente“ im Auftrag des deutschen Geheimdienstes Lebensmittel vergiftet bzw. unter Soldaten und Zivilisten ansteckende Krankheiten verbreitet. Führende Politiker, an ihrer Spitze der Sozialdemokrat Victor Berger, wurden verhaftet, da sie Wilson, der versprochen hatte, Amerika aus dem Krieg herauszuhalten, des Wortbruchs bezichtigten. Allerdings gab es auch in Milwaukee Deutschamerikaner und deutsch-amerikanische Vereinigungen, die angesichts der antideutschen Kampagne schnell ihren Namen änderten und sich amerikanisierten. Für viele wurde die Assimilation zu einer politischen und psychologischen Notwendigkeit.

Als nach einigen Monaten die Verfolgungshysterie zu Ende ging, normalisierte sich langsam wieder das Verhältnis zwischen den Angloamerikanern und den Deutschamerikanern, zumal die Deutschamerikaner nun die Kriegsanstrengungen Amerikas tatkräftig unterstützten und sich auch in der Ableistung ihres Kriegsdienstes als loyale Amerikaner zeigten. Vor allem die Veröffentlichungen des ehemaligen deutschen Botschafters in London, des Fürsten Lichnowsky, hatten dazu geführt, daß die These vom „Verteidigungskrieg“ Deutschlands aufgegeben und nun die Auffassung vertreten wurde, die deutsche Reichsregierung habe das Risiko eines Krieges bewußt in ihre Politik einkalkuliert. Der Gesinnungswandel, der sich hier vollzog, fand seinen Ausdruck in der Devise: „Monarchie oder Demokratie ist die Losung

²⁶⁾ R. O'Connor, Die Deutsch-Amerikaner, Hamburg 1970, S. 352.

in dem titanischen Kampf!"²⁷⁾ Indes mußten die USA, die als Großmacht den Krieg für die Alliierten entschieden, nach 1918 erleben, wie ihr Kriegsziel, der Aufbau einer dauerhaften internationalen Friedensordnung, nicht verwirklicht werden konnte. Die im Versailler Friedensvertrag festgelegten Reparationsleistungen und Gebietsabtretungen vergifteten die Atmosphäre in Europa und bereiteten den Boden für den Faschismus.

Das durch die antideutschen Ausschreitungen erschütterte Selbstbewußtsein der Deutschamerikaner führte zu einer Identitätskrise, die sie nie ganz überwinden konnten. Dies gilt insbesondere für die Organisation, die sich jahrzehntelang sowohl für die Bewahrung deutschen Kulturgutes als auch für eine volle Integration in die amerikanische Gesellschaft eingesetzt hatte: den Nordamerikanischen Turnerbund. Er verstand sich noch 1923 als ein „Bollwerk des Liberalismus“²⁸⁾ in den USA und rügte die intolerante Haltung angloamerikanischer Kreise in Neuengland, die über den Krieg hinaus antideutsch geblieben seien. Rückblickend auf die Kriegsergebnisse stellte der damalige Präsident des Turnerbundes, Stempfel, fest, daß „es unsere Pflicht als Amerikaner und als Turner war, der Regierung unsere Hilfe anzutragen in der Ausbildung der jungen Männer, die zu den Waffen gerufen waren, in der Ausbildung unserer eigenen Söhne und Brüder, so daß sie körperlich besser vorbereitet waren, die Strapazen des entsetzlichen Krieges zu bestehen. Hätten wir anders gehandelt, wäre es Verrat gewesen, Verrat an unserem Lande, Verrat an den Traditionen des Turnerbundes, Verrat an unserem eigenen Fleisch und Blut. In der Erfüllung unserer Pflicht als Bürger mag uns das Herz geblutet haben, aber es gab keinen anderen ehrenvollen Weg . . .“²⁹⁾

Der Turnerbund wendet sich gegen Geschichtsfälschungen

Im Bemühen um eine gerechte Würdigung der Leistungen der Deutschamerikaner wandte

²⁷⁾ Jahresbericht des Vororts des Nordamerikanischen Turnerbunds vom 1. 4. 1917 bis 1. 4. 1918, Indianapolis, Ind., S. 45.

²⁸⁾ Off. Protokoll der 29. Tagsatzung des American Turnerbund, St. Louis 1923, S. 4.

²⁹⁾ Ebd. S. 8.

sich der Turnerbund auch gegen Darstellungen in Schulbüchern, in denen die Kulturarbeit der eingewanderten Deutschen verschwiegen oder ihre Verdienste um Amerika absichtlich geschmälert wurden. Kritisiert wurde auch die einseitige Geschichtsschreibung über Ursachen und Verlauf des Ersten Weltkrieges und über die Friedensverträge von Versailles, Trianon und St. Germain. Mit Hilfe der Cecil Rhodes und Carnegie-Fonds wurde eine systematische Geschichtsfälschung betrieben³⁰⁾. Der Turnerbund forderte eine Revision der antideutschen Geschichtsschreibung, die von einem neutralen Gremium zu leisten sei. Nur so könnten die Vorurteile gegen die deutsche Nation abgebaut werden und die durch manche falsche Darstellung diskriminierten Deutschamerikaner wieder an Ansehen gewinnen³¹⁾. Als 1923 französische Truppen in das Ruhrgebiet einmarschierten, protestierte der Turnerbund energisch beim Präsidenten der USA und beim Außenministerium gegen diesen „brutalen Einfall“³²⁾. An die Mitglieder des Bundes wurde appelliert, durch reichliche Sammlung von Lebensmitteln, Kleidern und Geld mitzuhelfen, das Elend des deutschen Volkes zu lindern.

Einige Jahre später erhob der Turnerbund warnend seine Stimme gegen das Aufkommen faschistischer Diktaturen in Europa, verurteilte 1933 die von den Nationalsozialisten betriebene gewaltsame Auflösung des deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbundes, dem er sich besonders verbunden fühlte. In einer damals verabschiedeten Resolution wurde gegen die nationalsozialistische Regierung protestiert, die ihre Macht zur Unterdrückung politischer Minderheiten mißbrauche, die „das Recht aller Bürger auf Gerechtigkeit ohne Unterschied der Rasse oder des Glaubensbekenntnisses“ mißachte³³⁾. Indes vermochten weder Proteste noch eine 1938 vorgenommene Namensänderung in „American Turners“ als Ausdruck bewußter Distanzierung vom nationalsozialistischen Deutschland und ein uneingeschränktes Bekenntnis zur

³⁰⁾ Ebd. S. 29.

³¹⁾ Ebd. S. 29/30.

³²⁾ Ebd. S. 9.

³³⁾ Off. Protokoll der 34. Tagsatzung in Elkhart Lake, Wisc., 1933, S. 20.

amerikanischen Demokratie an der historischen Entwicklung etwas zu ändern.

Inzwischen hatte sich ein neuer Flüchtlingsstrom, diesmal von Verfolgten des NS-Regimes, in die USA ergossen. Die Flucht deutscher Wissenschaftler und Künstler vor dem Nationalsozialismus führte zu einer ähnlich intensiven Begegnung der deutschen und der amerikanischen Kultur wie in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, als amerikanische Gelehrte, die an deutschen Universitäten wie Göttingen und Berlin studiert hatten, in Harvard, Yale und Madison wirkten und bekannte deutsche Flüchtlinge wie Karl Beck, Karl Follen und Franz Lieber an amerikanischen Universitäten holten ³⁴⁾.

Jetzt waren es Künstler und Wissenschaftler wie Adorno, Bloch, Brecht, Einstein, Feininger, Gropius, Hindemith, Horkheimer, Kortner, Klemperer, Th. Mann, Marcuse, van der Rohe, Piscator, Remarque, Tillich, Weill, Werfel und Zuckmayer, die einen unterschiedlich intensiven Einfluß auf die amerikanische Kultur nach 1933 ausübten. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hatte es zwischen dem preußischen Kultusministerium und den Universitäten Harvard und Columbia Vereinbarungen über einen Professorenaustausch gegeben, der durch den Krieg unterbrochen, in der Weimarer Republik aber fortgesetzt wurde. Große Forscherpersönlichkeiten und Nobelpreisträger wie Arnold Sommerfeld, Werner Heisenberg und Max Born lasen in den USA und brachten bei ihrer Rückkehr zahlreiche amerikanische Studenten mit nach

³⁴⁾ So war es z. B. dem amerikanischen Historiker George Bancroft, ehemals Student in Göttingen und später amerikanischer Botschafter in Berlin, mit zu verdanken, daß außer dem bereits erwähnten Karl Follen auch Karl Beck 1831 eine Professur an der Harvard-Universität erhielt, und zwar für lateinische Sprache und Literatur. Der mit Beck und Follen geflüchtete Franz Lieber begann 1827 mit der Arbeit an der „Enzyklopedia Americana“, deren dreizehnten und letzten Band er 1833 vollendete. 1839 erschien sein Hauptwerk „Manual of Political Ethics“, das seinen Gelehrtenruhm begründete. Er erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl für Geschichte und Politische Wissenschaften an der Columbia-Universität in New York. Während des Bürgerkrieges stand er entschieden auf der Seite Lincolns und wurde wie Carl Schurz ein enger Mitarbeiter desselben, den er in kriegsrechtlichen Fragen beriet.

Deutschland; mit der nationalsozialistischen Machtergreifung fand dieser fruchtbare geistige Austausch ein Ende. Wohl konnten die meisten prominenten Forscher, Wissenschaftler und Künstler nach ihrer Flucht in den USA ihre Arbeit wieder aufnehmen, allerdings blieben viele auch nach dem Zusammenbruch Deutschlands „drüben“ und offenbarten damit den starken geistigen Aderlaß, den der Nationalsozialismus verursacht hatte.

Es sind nach dem Zweiten Krieg sowohl von seiten der Vereinigten Staaten als auch von der Bundesrepublik Deutschland sehr intensive und erfolgreiche Maßnahmen eingeleitet worden, um die abgebrochenen Kulturkontakte wiederherzustellen und eine breite Grundlage für einen Austausch von Schülern, Studenten und Wissenschaftlern zu schaffen. Nahezu 200 Organisationen, Stiftungen und Institutionen öffentlicher und privater Art bieten derzeit in beiden Ländern Stipendien, Seminare und Austauschprogramme an. Der „American Field Service“ fördert den deutsch-amerikanischen Schüleraustausch, die „Fulbright-Stiftung“ den Studenten- und Dozentenaustausch, die „Alexander von Humboldt-Stiftung“ gewährt amerikanischen Wissenschaftlern Forschungsstipendien in der Bundesrepublik, der „Deutsche Akademische Austauschdienst“ (DAAD) erhält Stipendien von den wichtigsten amerikanischen Universitäten zwischen Harvard im Osten und Berkley im Westen, die „Carl-Duisberg-Gesellschaft“, die „Konrad-Adenauer-Stiftung“, die „Friedrich-Ebert-Stiftung“ und die „Friedrich-Naumann-Stiftung“ bieten Austauschprogramme für Studenten an, die „Atlantik-Brücke“ und ihre amerikanische Schwester „American Council of Germany“ organisieren Seminare und Konferenzen, an denen maßgebliche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der Bundesrepublik und der USA teilnehmen. Hervorragende Kulturarbeit haben die zahlreichen deutschen und amerikanischen Zweigstellen des Goethe-Instituts geleistet, ebenso die „Amerika-Häuser“.

Noch ist das Deutschlandbild verzerrt

Aber trotz dieser breiten Kulturkontakte und der politisch engen Bindungen der Bundesre-

publik an die USA ist das Deutschlandbild der Amerikaner nach wie vor verzerrt und von z. T. gefährlichen Klischeevorstellungen geprägt. Insbesondere in den Fernseh- und Kinofilmen, die sich kaum mit den kulturellen Aspekten der deutschen Geschichte beschäftigen, wird oft ein die Deutschen diskriminierendes Bild gezeigt, das sich in den Typen des sadistischen Mörders oder des Trottel manifestiert. Dafür einige Beispiele: Die Fernsehserie „Hogan's Heroes“ läuft bereits seit 1965 mit größtem Erfolg (168 Folgen). Hogan ist ein smarter und gewitzter amerikanischer Fliegeroberst, der in einem deutschen Kriegsgefangenenlager aus Engländern, Franzosen und Amerikanern eine schlagkräftige Mannschaft bildet, die dem deutschen Wachpersonal stets neue Schwierigkeiten bereitet und gleichsam mithilft, den Krieg vom Gefangenenlager aus zu gewinnen. Seine beiden deutschen Gegenspieler sind der dummliche deutsche Lagerkommandant Oberst Klink, der seine Mutlosigkeit durch preußische Zackigkeit überspielt, und der gutmütig-dicke Unteroffizier „Schulzi“, den die Lagerinsassen ständig übertölpeln. Das Bild eines brutalen und rücksichtslos über Leichen gehenden Deutschen zeigt der Film „Blue Light“; das Bild des „häßlichen Deutschen“, den Sadisten und Feigling, zeigt die Romanverfilmung von Irwin Shaws „The Young Lions“; den Deutschen, der aus Monomanie zum Verbrecher wird, zeigt der Frankenstein-Roman „Gravity's Rainbow“ von Thomas Pynchon. Alle diese Figuren schaffen Stereotypen des Deutschen, die auch noch dreißig Jahre nach dem Krieg das Deutschlandbild der Amerikaner mitprägen. Bitter ist auch das Urteil in Erica Jongs Buch „Angst vorm Fliegen“ über die Deutschen, die nur ihre Tarnfarbe geändert hätten, von Frieden und Humanität sprächen, im Grunde aber Nazis geblieben seien³⁵⁾. Scharfe Kritik müßte auch an den Kriegs-Comics geübt werden, jenen in Millionenaufgabe erscheinenden „Unterhaltungsheften“, in denen Deutsche als KZ-Kommandanten und Geiselschützen erscheinen oder als brutale Soldaten in militärischen Aktionen. A. de

³⁵⁾ Vgl. dazu Manfred Durzak, Hunne, Kraut und Frankenstein. Das Bild des Deutschen im amerikanischen Fernsehen, (MS) Deutschlandfunk, Sendung am 17. 8. 1978.

Zayas hat aufgezeigt⁴⁸⁾, wie auch in den amerikanischen Schulen ein von Vorurteilen belastetes Bild des Deutschen vermittelt wird. Lehrbücher enthielten oft grobe Verallgemeinerungen, ebenso programmierte Textbücher und Repetitoriumshefte an den Colleges, etwa für Europäische Geschichte. Die simpelsten Vereinfachungen z. B. in Verbindung mit der Geschichte Preußens tauchten hier auf, das diesen Darstellungen zufolge nur aus Militarismus und arrogantem Junkertum bestanden zu haben schien. Zur tendenziösen Darstellung von historischen Ereignissen kämen einseitige Auswahlkriterien bzw. die Auslassung wichtiger historischer Phänomene. De Zayas nennt als Beispiele den Sieg über Napoleon I., der nur Wellington zugeschrieben wurde, während der Name Blüchers fehle, das Bismarck-Bild, das weitgehend nur den Kulturkampf nachzeichne, während die außenpolitischen, friedenssichernden und die sozialen Leistungen unerwähnt blieben. Schließlich habe auch die Nichtbehandlung des deutschen Widerstandes gegen Hitler zu der Annahme geführt, alle Deutschen seien aktive, sogar fanatische Nazis gewesen. Außer acht seien auch die ungeheuren Leiden, die Deutsche selbst durch Krieg, KZ, Verfolgung und Vertreibung erlitten hätten, geblieben. Mit Recht fordert er die Einsetzung einer deutsch-amerikanischen Schulbuchkommission und die Intensivierung des Austausches von Studenten und Wissenschaftlern.

Ähnlich kritisch äußerte sich auch der Historiker Peter Gay von der Yale University, der in einem 1976 veröffentlichten Artikel in der New York Times unter dem Titel „Thinking about the Germans“ schrieb: „Jahrzehnte von Frieden und Wiederaufbau haben das alte Mißtrauen nicht beseitigen können. Das Gespenst des Deutschen als Hunne bleibt erdrückend... Viele Amerikaner, die keine Deutschen kennen, nie in Deutschland gewesen sind, keine Familie oder Freunde in Deutschland verloren haben, weigern sich noch, nach Deutschland zu reisen, deutsche Produkte zu kaufen und grinsen zynisch über Deutschlands Beteuerung, sich geändert zu haben.“ Und dann fügt er, ein emigrierter

³⁶⁾ A. de Zayas, Nazigreuel und Wirtschaftswunder. Das Deutschlandbild der Amerikaner (MS), Deutsche Welle, Sendung am 26. 9. 1978.

deutscher Jude, der lange brauchte, seine Abscheu gegenüber Deutschland zu überwinden, hinzu: „Unglaublich, wie manche Liberale und Demokraten die Idee auch finden mögen: die Bundesrepublik strebt an, was wir anstreben; ihre Wertskala ist die unsere. Aber sie wird nie die Wirkung haben, die sie haben könnte oder haben muß, solange die Deutschen als die ewig Bösen dargestellt werden.“³⁷⁾

Die im Auftrag des deutschen Informationszentrums New Yorks, einer Zweigstelle der Deutschen Botschaft, erfolgte Umfrage vom Frühjahr 1978 bestätigt das Bild vom wenig sympathischen Deutschen in den USA: Zwar

³⁷⁾ Peter Gay, *Thinking about the Germans*, zit. nach Barbara Ungeheuer, *Das Mißtrauen sitzt immer noch tief. Die Deutschen in der amerikanischen Publizistik*, in: *Die Zeit*, 28. 4. 1978.

hat man Respekt vor den politischen und wirtschaftlichen Leistungen, aber auch Mißtrauen gegenüber dem Bündispartner und dessen demokratischem Bewußtsein³⁸⁾.

Um so mehr sind wir Deutsche angesichts solch bedrückender Einstellung vieler Amerikaner uns gegenüber dazu aufgefordert, in Gesprächen und Begegnungen, in Wort und Tat zur Veränderung dieser Position beizutragen. Die freundschaftlichen Bindungen an die große Nation dürfen nicht durch Mißtrauen und Diskriminierung gefährdet werden. Es ist daher nicht Ausdruck nationaler Überheblichkeit, sondern ein historisch begründbares Recht, wenn wir Deutsche wie Amerikaner an deutsch-amerikanische Kulturleistungen erinnern, für die Carl Schurz ein Beispiel lieferte.

³⁸⁾ *Stern-Magazin*, vom 18. 1. 1979, S. 124—128.

Le Monde und die Bundesrepublik Deutschland

I.

„De quelle Allemagne parlez-vous?“ Von welchem Deutschland ist eigentlich die Rede? ¹⁾ Relativ oft in den letzten Jahren hat das deutsche Publikum diese Fragen an die französischen Medien gestellt. Und immer wieder tauchte dabei auch der Name von Le Monde auf. Das war im Herbst 1974 so, als ein deutsch-französisches Mißverständnis in der Agrarpolitik zu einer unerquicklichen Pressekampagne führte. Das war im Sommer und Herbst 1977 so, als die Entführung von Herbert Kappler aus Italien, der Tod von drei Häftlingen der Baader-Meinhof-Gruppe im Gefängnis von Stuttgart-Stammheim, die Entführung einer Lufthansa-Maschine und die Befreiung der Geiseln in Mogadischu, schließlich der Mord an Hanns Martin Schleyer in wenigen Wochen die deutsche Realität in den Mittelpunkt französischen Interesses rückte. Le Monde war eine der Zeitungen, die am ausführlichsten über die dramatischen Vorgänge und ihre Hintergründe berichteten.

Doch gerade die Berichterstattung im Sommer und Herbst 1977 brachte Le Monde den Vorwurf ein, sie sei antideutsch. Die Neue Zürcher Zeitung kommentierte ironisch: „Liebevoller Beschäftigung mit den Hauptfiguren der bundesdeutschen Terroristenszene ist eine weitere sonderbare Reaktion einiger französischer Massenmedien auf das Geschehen im Nachbarland; sie ist insbesondere eine Spezialität der Zeitung ‚Le Monde‘.“ ²⁾ Der SPIEGEL zürnte: „Wenn freilich die 23 Toten unserer linksextremen Terrorszene auf das Konto rechter Ultras gingen, dann könnten wir wohl in ‚Le Monde‘ die Rezepte aus dem reichen Erfahrungsschatz Eurer exzellenten Polizei finden, mit solchem Spuk fertig zu werden. Auch dann würde noch stimmen, was Ihr in Eurer Verblendung leugnet — daß ‚Le Monde‘ ‚antigermanisch‘ ist.“ ³⁾ Am weitesten ging das EG-Magazin mit seinen Vorwürfen gegen

die „linksextremistische und nihilistische“ Zeitung: „Die antideutsche Welle im Gefolge des Schleyer-Dramas wurde von ‚Le Monde‘ weder zufällig noch improvisiert in Bewegung gesetzt. Die bei dieser Gelegenheit bewiesene Gehässigkeit hat Methode. Verantwortliche französische Stellen versichern, den Beweis dafür zu besitzen, daß hinter dieser Kampagne der wohldurchdachte kommunistische Plan stecke, die Franzosen wieder an das Gespenst der bösen Deutschen zu gewöhnen. ‚Le Monde‘ säte Mißtrauen, um das deutsch-französische Verhältnis zu belasten und Frankreich schließlich in die Bahn des Neutralismus zu drängen.“ ⁴⁾

Daß sich das deutsche Interesse gerade auf Le Monde richtet, ist natürlich kein Zufall. Denn dieses Blatt gilt allgemein als das beste, kompletteste und einflußreichste Presseorgan Frankreichs. Keine andere französische Zeitung berichtet auch nur annähernd so häufig über die Bundesrepublik wie Le Monde. Das gilt nicht nur für die politische Aktualität, sondern auch für die Bereiche Wirtschaft, Soziales und Kultur. Diese Feststellung gilt auch für „Normaljahre“, in denen die Aufmerksamkeit der Journalisten nicht durch spektakuläre Ereignisse auf den deutschen Nachbarn gelenkt wird. Dazu kommt die Erfahrung, daß Le Monde in Frankreich auch eine besondere politische Funktion erfüllt. Alfred Grosser hat sie so definiert: „Sie nimmt einen ganz speziellen Platz im politischen Leben Frankreichs ein, einen Platz, wie ihn keine Zeitung in Großbritannien, den Vereinigten Staaten oder der Bundesrepublik hat: Sie dient als Gesprächsforum des politischen Milieus mit sich selbst.“ ⁵⁾ Die Bedeutung von Le Monde ergibt sich also allein schon aus der Aufmerksamkeit, die man ihr im In- und Ausland schenkt. Ihre Haltung zur Bundesrepublik ist damit in doppelter Hinsicht interessant: Einmal spiegelt sie die Denkweise bestimmter politischer und intellektueller Kreise in Frankreich wider, zum anderen hat sie mit Sicherheit Einfluß auf diese Diskussion.

¹⁾ Vgl. Henri Ménudier, De quelle Allemagne parlez-vous?, in: Documents, No. 4, Dezember 1977, S. 14 ff.

²⁾ Neue Zürcher Zeitung (Fernaussgabe), 4. September 1977.

³⁾ Der Spiegel, 12. September 1977, S. 138.

⁴⁾ EG-Magazin, Oktober 1977, S. 4 f.

⁵⁾ Presse Actualité, No. 129/78, S. 9.

II.

Ist Le Monde nun wirklich antideutsch, wie das deutsche und andere Kritiker behaupten? ⁶⁾ Eines dürfte nur schwer zu bestreiten sein: daß Le Monde — aus welchen Gründen auch immer — häufig Beiträge aus der eigenen Redaktion wie von außerhalb des Hauses veröffentlicht hat, die zumindest den Eindruck erwecken mußten, Le Monde beurteile die Bundesrepublik nach überwunden geglaubten Schemata, die eher feindlichen Resentiments als dem Bemühen um objektive Beurteilung entsprechen. Im Einzelfall mag das nach dem Zusammentreffen von Zufällen oder nach journalistischer Unvollkommenheit aussehen. Die Häufung solcher „Zufälle“ und „Unvollkommenheiten“ legt jedoch eher den Schluß nahe, daß sich dahinter ein bestimmtes Bild von Deutschland verbirgt. Vier Beispiele sollen diese Vermutung konkretisieren.

Erstes Beispiel: Am 18. August 1976 meldete Le Monde unter einer sechszeiligen, fetten Überschrift, im britischen Observer hätten deutsche Anwälte, Schriftsteller und Ärzte versichert, Ulrike Meinhof sei nach versuchter Vergewaltigung in ihrer Gefängniszelle erwürgt worden. Zwei Tage später erschienen das amtliche Dementi und ein Hinweis auf das Obduktionsergebnis des Gerichtsmedizinischen Instituts Stuttgart. Diese Meldung war Le Monde aber nur ein paar versteckte Zeilen ohne Überschrift wert. Journalistischer Sorgfalt hätte es entsprochen, zumindest ein gewisses Gleichgewicht in der Präsentation zu wahren, um gleiche Aufmerksamkeit zu wecken.

Zweites Beispiel: Wie fast die gesamte französische Presse sprach auch Le Monde monatelang von unmenschlichen, folterähnlichen Haftbedingungen für die Baader-Meinhof-Häftlinge in Stammheim. Diese Information wurde auch dann nicht korrigiert, als deutsche Zeitungen (etwa der SPIEGEL) ausführlich die wirklichen Zustände und die Privilegien der Baader-Meinhof-Häftlinge beschrieben. Noch am 1. September 1977 druckte Le Monde einen anonymen „Augenzeugenbericht“ aus Stammheim, in dem eine der Gefangenen das Gefängnispersonal in äußerst rüdem Ton brutaler Tötlichkeiten beschuldigte. Am 26. Oktober 1977 korrigierte sich dann

⁶⁾ Vgl. den Beitrag des Verfassers zu dieser Frage in: DIE ZEIT, 16. Dezember 1977, S. 3.

Le Monde. Während es am 1. September noch in einem redaktionellen Vorspann zum „Augenzeugenbericht“ geheißen hatte, eine „sexuelle Beziehung zwischen Andreas und Gudrun“ (gemeint sind Baader und Ensslin) habe den Wärtern als Vorwand für Ausschreitungen gedient, war am 26. Oktober zu lesen: „Jedermann weiß, daß Andreas Baader und Gudrun Ensslin in Stammheim so lebten, daß man von ehelichem Zusammenleben sprechen kann.“ Der Leser erfuhr nun, daß Baader und seine politischen Freunde Fernseher, Radio, Plattenspieler und bis zu 200 Bücher in ihrer Zelle hatten. Vieles deutet darauf hin, daß diese durch die deutsche Presse längst publik gemachte Information bewußt zurückgehalten wurde.

Drittes Beispiel: Le Monde gefällt sich immer wieder in beziehungsreichen Anspielungen auf vermeintlich typisch deutsche Eigenschaften (d. h. Untugenden), die suggestiv als Mittel der Meinungsbildung benutzt werden. Am 27. September 1974 etwa, als Bonn sich mit Paris über die europäischen Agrarpreise stritt, war unter der Überschrift „Ein neues Deutschland“ auf der Titelseite von Le Monde in einem Kommentar folgendes zu lesen: „Kündigt die Brutalität, mit welcher der deutsche Kanzler seine europäischen Partner zum Gleichschritt zu zwingen versucht, an, daß, daß das ‚neue Deutschland‘ dank eines natürlichen Hanges gewisse Charakterzüge des ‚schlechten Deutschlands‘ von ehemals wiederfindet? Möchte Schmidt ein neuer ‚Eiserner Kanzler‘ sein?“ Diese Technik, Fragen so zu stellen, daß durch Stil und Formulierung die Antwort suggeriert wird, findet sich immer wieder, wenn im „Bulletin“ der ersten Monde-Seite deutsche Fragen kommentiert werden. So auch am 18. August 1977, als Le Monde dem Argument, das Grundgesetz verbiete eine Auslieferung Kapplers an Italien, die ironische Frage entgegengesetzte: „Könnten die Hüter der nach dem Krieg in der Bundesrepublik etablierten Rechtsordnung mit Bestimmtheit sagen, daß alle Vorschriften des Grundgesetzes seit 28 Jahren immer skrupulös respektiert worden sind?“ Der gleiche Ton herrschte am 18. November 1977 nach der Auslieferung von Rechtsanwalt Claus Croissant: „Die BRD hat also binnen weniger Monate zwei ihrer Bürger wieder: den Kriegsverbrecher Kappler, den Italienern dank einer in Deutschland höchst anerkannten sportlichen

Leistung entrissen, und Croissant, den ‚entarteten Sohn‘, der vor Gericht gestellt wird.“ Da das tägliche Bulletin nicht namentlich gezeichnet, dafür von der Direktion der Zeitung gebilligt ist, drückt es die offizielle Meinung von Le Monde aus.

Viertes Beispiel: Am 2. September 1977 publizierte Jean Genet in Le Monde seinen vieldiskutierten Artikel „Gewalt und Brutalität“, der fast einhellig als antideutsch eingestuft wurde. Darin hieß es zum Beispiel: „Wenn die USA nicht physisch in Deutschland präsent wären, wenn ihre Ambitionen nicht diese Aufgeblasenheit erreicht hätten, wenn Europa nicht Westdeutschland — offen oder versteckt — die Rolle des Polizisten gegenüber dem Osten zugewiesen hätte, dann wäre diese Nadel Rote Armee Fraktion im zu fetten Fleisch Deutschlands weniger unmenschlich.“ Drei Tage vor der Entführung Schleyers behauptete Genet: „Niemals lassen die Mitglieder der RAF, nach allem was wir von ihnen

wissen, ihre Gewalt zur reinen Brutalität werden.“ Und: „Jedes Mitglied der RAF akzeptiert, fordert, verlangt, total und bis zu Folter und Tod, eine der Inseln in diesem westlichen Archipel Gulag zu sein.“ Schon einen Tag später steuerte der mehrfach durch anti-deutsche Beiträge in Le Monde hervorgetretene General François Binoche (ganz im Sinne Genets) folgende Erkenntnis zur Diskussion bei: „Die Rehabilitierung Deutschlands, seines Volkes und seines Chefs ist nur noch ein dialektisches Problem, das leicht gelöst werden kann. Es führt über die Rechtfertigung des ‚Führers‘. Man ist schon dabei, daran gibt es keinen Zweifel, die deutschen Historiker sind am Werk, und die Dokumente fehlen ihnen nicht, um ihre neue Sicht, ihre neue Moral abzusichern.“ Die Bundesrepublik als kapitalistischer Gulag, verwurzelt in der Nazi-tradition— auch dieses Deutschlandbild wurde in Le Monde mehrfach an exponierter Stelle verkündet.

III.

Die Liste solcher Beispiele ließe sich verlängern. Doch damit ist noch keine schlüssige Antwort auf die Frage möglich, ob Le Monde eine antideutsche Grundeinstellung hat. Nur eines läßt sich mit Gewißheit sagen: Redakteure von Le Monde haben in den letzten Jahren (und vor allem 1977) wiederholt in ihrer Zeitung ein Deutschlandbild verkündet, das weder auf ausreichender Kenntnis, noch auf sachgerechter Analyse, noch auf dem Bemühen um Verständnis beruhte; zudem öffnete Le Monde willig seine Spalten außenstehenden Autoren, die die deutsche Realität überzeichneten und damit (gewollt oder ungewollt) eine latente antideutsche Stimmung förderten. Wie lassen sich solche Erscheinungen in Le Monde erklären?

Ein erstes Motiv ist in einem Grundproblem der französischen Medien zu suchen: dem Selbstverständnis der Journalisten. Vielen scheint das Vermitteln der eigenen Meinung vorrangig vor der Darstellung der Fakten. Gerade in der Presse, nicht zuletzt in Le Monde, ist eine Ideologisierung festzustellen, die sich eher verstärkt. Kritiker von Le Monde haben darauf hingewiesen, daß unter der Dominanz des politischen Engagements die Objektivität leidet, weil die Trennung von Nachricht und Meinung bewußt fallengelassen wird und au-

ßerdem häufig Ideologie das fehlende Wissen der Fakten und ihrer Zusammenhänge ersetzt⁷⁾. Dieses Phänomen geht so weit, daß etwa Philippe Tesson, bis Juni 1978 Direktor des Quotidien de Paris, den Journalisten vorwarf, ihren Beruf zu diskreditieren: „Nicht weil sie Überzeugungen haben, was eine begrüßenswerte Sache ist, sondern weil der Eifer des Engagements bei ihnen den beruflichen Eifer ersetzt. Dieser Beruf leidet gefährlich unter der minimalen Distanz, die die Journalisten in ihrem Beruf zu ihrem politischen Engagement zu halten wissen.“⁸⁾ In gewissem Umfang gilt dieser Vorwurf auch für Le Monde, und eine solchermaßen motivierte intellektuelle Unredlichkeit läßt sich gerade bei der Deutschland-Berichterstattung beobachten. Sie ist sicher mit dafür verantwortlich, daß alte Klischeevorstellungen ungeprüft weiterbenutzt werden: sie erklärt auch eine gewisse Sorglosigkeit in der Übernahme von Werturteilen, die man selbst mangels Sachkenntnis nicht überprüfen kann.

Der Vorwurf ideologisch bestimmter Parteilichkeit gilt sicher nur für einen Teil der

⁷⁾ Vgl. das vieldiskutierte Buch von Michel Legris, „Le Monde“ tel qu'il est, Paris 1976.

⁸⁾ Quotidien de Paris, 28. Juni 1978, S. 1.

Monde-Redaktion. Gerade in der Berichterstattung über die Bundesrepublik kann der Leser die Heterogenität der Redaktion verfolgen. Redakteure von Le Monde machen gar keinen Hehl daraus, daß sie in zwei politisch definierbare Gruppen zerfallen, die sich gelegentlich in ihrem eigenen Blatt Positionskämpfe liefern. Bei namentlich gezeichneten wie bei ungezeichneten Beiträgen läßt sich oft ohne große Schwierigkeiten feststellen, aus welchem „Lager“ der Verfasser kommt. Das fällt vor allem beim „Bulletin“ (erste Spalte der Titelseite) auf: Die Tendenz im Urteil über die Bundesrepublik schwankt je nach Autor zwischen kritischem Verständnis und spöttischem Unverständnis. So kann es also von Zufälligkeiten (Abwesenheit eines Redakteurs) oder internen Machtverhältnissen (Auftrag an einen bestimmten Redakteur) abhängen, wie das Deutschlandbild von Le Monde ausfällt. In jedem Falle drückt es aber in der Form des „Bulletins“ die offizielle Meinung der Zeitung aus. Natürlich gilt der gleiche Effekt für andere Rubriken, für Aufmachung, Plazierung oder redaktionellen Vorspann. Der genannte „Zufallsfaktor“ spielte im Sommer und Herbst 1977 eine größere Rolle als gewöhnlich, da die Korrespondentenstelle in Bonn für ein paar Monate nicht fest besetzt war, eine wichtige Informationsquelle für die Zentralredaktion also praktisch ausfiel.

Wenn sich ein gewisser „Ideologiejournalismus“ auch in Le Monde breit macht, dann ist die zugrunde liegende Ideologie eindeutig auf der politischen Skala links anzusiedeln. Da die französische Linke der Bundesrepublik im allgemeinen nicht sehr freundlich gesonnen ist, sie zudem kaum kennt, tragen ihre Werturteile auch zur Verzerrung des Deutschlandbilds von Le Monde bei. In sozialistischen wie kommunistischen Kreisen ist ausgeprägtes Mißtrauen an der Tagesordnung; Vokabeln wie Ausnahmegesetze, politische Justiz, Hexenjagd auf Intellektuelle, Meinungsterror sind häufig, wenn es um die Bundesrepublik geht. Hinzu kommt eine ausgeprägte Furcht vor dem deutschen Industriepotential und vor einer Vorrangstellung der Mark. Auch der traditionelle Antiamerikanismus der Linken kommt zum Tragen; er wird auf die Bundesrepublik übertragen, da sie als Muster-schüler der USA und als ihr Steigbügelhalter in Europa gilt. Auffallend ist auch die Bereitschaft, jedes Aufflackern nationalistischer Regungen jenseits des Rheins als neonazistische Gefahr zu interpretieren, ohne nach der

Bedeutung solcher Erscheinungen zu fragen.

Gerade im Jahr 1977 waren derartige Denkschemata auch in Le Monde häufiger als sonst zu finden, wohl weil die Parlamentswahlen vom März 1978 bereits ihre Schatten vorauswarfen. Da sich Le Monde eindeutig für das Linksbündnis von Kommunisten, Sozialisten und Linksliberalen entschieden hatte, wurde auch Außenpolitik stets von links interpretiert und unter dem Vorzeichen eines möglichen Regierungswechsels gesehen. Kritik am politischen System der Bundesrepublik war damit zugleich Kritik an einem System, das man für Frankreich nicht wollte. Deutschland war so etwas wie ein Buhmann der innenpolitischen Diskussion. Stammheim wurde zum Symbol einer sich selbst auffressenden Konsumgesellschaft, die deutsche Sozialdemokratie zu einer Partei von Pseudolinken, die mit Hilfe von Radikalenerlaß und ähnlichen subtilen Methoden die echte Linke unterdrückt. Wer ein sozialistisches Frankreich wollte, für den war Bonn zudem ein potentieller Störenfried, der eine Linksregierung an der Seine mit Hilfe der mächtigen Mark boykottieren oder gar zum Scheitern bringen konnte.

Offen oder versteckt antideutsche Tendenzen werden von der Chefredaktion auch damit erklärt, daß Le Monde versuche, eine möglichst große Breite an Meinungen und Informationen zu bieten. Das gilt vor allem für die Rubriken „Tribune libre“ und „Point de Vue“, die im Prinzip allen Meinungen offenstehen. Es ist unbestreitbar, daß gerade aufgrund solcher Beiträge Le Monde einen ausgesprochenen Forumcharakter hat und eine Art Tummelplatz für die französische (und vor allem Pariser) Intelligenz ist. Dabei gilt das Prinzip: Je origineller ein Autor oder sein Beitrag, desto wahrscheinlicher sein Abdruck. Autoren wie Jean Genet oder Jean-Paul Sartre würden wegen ihrer exponierten Stellung jederzeit abgedruckt, auch wenn sie nachweisbar falsche Tatsachen behaupten. Le Monde nimmt für sich in Anspruch, sich gegebenenfalls diskret zu distanzieren. Wenn etwa ein Jean Genet sich mit dem Terrorismus der Roten Armee Fraktion identifiziert, so ist das für Le Monde ein Beitrag zur Meinungsfreiheit, der die Redaktion in keiner Weise bindet. Es scheint jedoch, daß die Dosierung der Meinungen nicht ganz frei von Manipulationen ist. So schrieb Alfred Grosser, seit langen Jahren Leitartikler von Le Monde, schon

1961: „Die Auswahl der ‚Tribunes libres‘ entspricht nicht immer dem wirklichen Meinungsspektrum. Die Auswahl der Informationen ist oft gelenkt, wenn es sich um die Ver-

einigten Staaten und Deutschland handelt. Kurz, auch Le Monde als Meister der Ehrlichkeit arrangiert sich gelegentlich mit der intellektuellen Unerbittlichkeit.“⁹⁾

IV.

Trotz eindeutig erkennbarer antideutscher Tendenzen scheint es unzulässig, Le Monde insgesamt als antideutsch einzustufen. Ein solcher Schluß unterschlägt nämlich die zahlreichen Beiträge, die sich wohl kritisch, aber mit Sachverstand, Faktenwissen und dem spürbaren Bemühen um Verständnis mit der deutschen Realität auseinandersetzen. Das gilt in aller Regel für Beiträge aus Bonn, aber auch für eine Anzahl von Meinungsartikeln aus der Pariser Redaktion. Zudem darf nicht übersehen werden, daß Le Monde auch eine ganze Reihe unabhängiger Persönlichkeiten zu Wort kommen ließ, die um Sympathie für die Bundesrepublik warben.

Gerade die in Le Monde von Genet provozierte Debatte führte zu einer offenen Auseinandersetzung mit dem deutschen Nachbarn. Alfred Grosser hat mehrmals an exponierter Stelle in die Diskussion eingegriffen. Seine Philippika gegen die „französischen Trugbilder“ begann zum Beispiel mit dem provokativen Satz: „Wenn es eine Europa- oder gar Weltmeisterschaft des nationalen Selbstbetrugs gäbe, hätten wir die besten Siegeschancen.“¹⁰⁾ Olivier Wormser, ehemaliger Botschafter Frankreichs in Bonn, hielt seinen Landsleuten unverblümt vor, sie verurteilten die Bundesrepublik, ohne sie zu kennen¹¹⁾. Vor allem aber bezog André Fontaine, Chefredakteur von Le Monde, eindeutig Stellung. In einem glänzenden Plädoyer für mehr Verständnis wies er auf die Hauptprobleme im deutsch-französischen Verhältnis hin: die unterschiedlichen Denkstrukturen und die mangelhafte Bereitschaft, sich in Mentalität und

Reaktion des andern hineinzusetzen¹²⁾. Wenn Fontaine fragt: „Sollte etwa der Hang zur Dominierung ein deutsches Monopol sein, wie es paradoxerweise sogar gewisse linke Geister zu glauben scheinen?“, dann richtet sich diese Frage auch zwangsläufig an seine eigene Redaktion.

So ist es trotz mancher berechtigter Vorwürfe an die Adresse von Le Monde kaum möglich, von einem einheitlichen oder gar feindlichen Deutschlandbild zu sprechen. Es sind eher unterschiedliche Deutschlandbilder, die sich zu einem Mosaik zusammenfügen, das die deutsche Wirklichkeit stellenweise verzerrt. Damit wird Le Monde nicht der Maxime gerecht, die sie sich selbst gesetzt hat: „Vorrangige Absicht ist es, den Lesern klare und wahre Informationen zu geben.“¹³⁾ Doch es ist andererseits mit Sicherheit unsinnig, Le Monde eine systematische Verteufelung der Bundesrepublik vorzuwerfen, wie das (vor allem als Reaktion auf den Genet-Artikel) von der deutschen Presse gelegentlich getan wurde. Hier arbeiteten deutsche Journalisten mit der gleichen selektiven Methode, die sie Le Monde ankreideten: Nur negative Eindrücke werden registriert, die positiven übergeht man als selbstverständlich. So gilt letztlich auch für beide Seiten, was Henri Ménudier zu bedenken gibt: „Was wird aus der öffentlichen Meinung, wenn die Presse angesichts schwer begreiflicher Phänomene, die jedoch eine präzise Antwort verlangen, ... den Kopf verliert? Ist nicht zu befürchten, daß all diese Polemik das wechselseitige Vertrauenskapital zerstört, das sich im Laufe der letzten Jahrzehnte angesammelt hat?“¹⁴⁾

⁹⁾ Alfred Grosser, *La IV^e République et sa politique extérieure*, Paris 1961. Zit. nach der 3. Auflage 1972, S. 169.

¹⁰⁾ Le Monde, 9. September 1977, S. 1 f.

¹¹⁾ Le Monde, 5. November 1977, S. 1 f.

¹²⁾ Le Monde, 9. November 1977, S. 1 f.

¹³⁾ In der ersten Ausgabe von Le Monde (18. Dezember 1944).

¹⁴⁾ Henri Ménudier, a. a. O., S. 41.

Der Aufsatz: 100 Jahre Sozialistengesetz – ein Lehrstück

Stellungnahme zu dem Beitrag von
Karl-Ludwig Günsche und Klaus Lantermann in B 41/78

„In der Politik geht es darum, Partei zu ergreifen. In der Geschichtswissenschaft geht es darum, objektiv zu sein.“¹⁾

Die Betrachtung Karl-Ludwig Günsches und Klaus Lantermanns zum Sozialistengesetz²⁾ ist nicht nur verdienstlich, weil sie vom politischen Engagement der Autoren zeugt, sondern auch, weil sie zeigt, wie gefährlich es ist, wenn man die Geschichte als Arsenal für politische Polemik benutzt und versucht, aus der unerschöpflichen Waffenkammer der Vergangenheit Munition für die Gegenwart zu besorgen.

Da kommt dann allzu leicht das heraus, was Goethe bereits als Warnung vor gegenwartsblinder und nur zeitbezogener Historie Faust — als Entgegnung an seinen „Famulus Wagner“ — sagen läßt:

„Mein Freund, die Zeiten der Vergangenheit
Sind uns ein Buch mit sieben Siegeln.

Was ihr den Geist der Zeiten heißt,
Das ist im Grund der Herren eigner Geist,
In dem die Zeiten sich bespiegeln.“³⁾

Vorneweg und mit der gebotenen Deutlichkeit: Wogegen nachdrückliche Bedenken am Platz sind, das ist nicht ihre Darstellung im zweiten Abschnitt (Zwei Attentate und ihre Folgen), sondern die zu Beginn und am Schluß offerierte Nutzenanwendung. Um nicht in den Verdacht zu geraten, etwas zu unterstellen, was am Ende gar nicht gesagt worden sei, folgende Zitate:

¹⁾ K. D. Erdmann nach: Das Parlament Nr. 50, 16. 12. 1978, S. 12.

²⁾ Karl-Ludwig Günsche/Klaus Lantermann, 100 Jahre Sozialistengesetz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/78, vom 14. 10. 1978, S. 19 ff.

³⁾ J. W. Goethe, Faust, I. Teil, „Nacht“, Werke, Ausg. E. Trunz, Hamburg 1949, S. 16.

„Tatsächlich sind Parallelen zur heutigen innenpolitischen Situation der Bundesrepublik Deutschland unübersehbar: War früher von ‚vaterlandslosen Gesellen‘ die Rede, so wird den Sozialdemokraten aus konservativer Richtung heute nationale Unzuverlässigkeit vorgeworfen. So wie sich die bewußte Vermischung von terroristischem Einzelgängertum mit radikalem politischem Veränderungswillen wiederholt, so muß heute in manchen Bundesländern auch wieder das schrittweise Abweichen von Rechtsstaatsgrundsätzen, die Verhängung von Berufsverboten für politisch Andersdenkende, die Gesinnungsschnüffelei und Verdächtigungen angeblicher ‚Sympathisanten‘ registriert werden...“⁴⁾

„Das Sozialistengesetz war Auslöser und ist bis heute Grund dafür, daß die politische Linke in Deutschland diffamiert werden kann wie in keinem anderen demokratischen Staat des Westens, obwohl sie ihre freiheitlich-demokratische Orientierung in den 114 Jahren ihrer Geschichte nicht einmal verraten hat — im Unterschied zu manchen konservativen Kräften.“⁵⁾

Nun denn, geben wir hier gleich die ‚Stich‘-Worte — das auch im Sinn der deutlichen Stellungnahme —, um die es hernach gehen soll:

Die angeblichen „Parallelen“; die undifferenzierte und unbedenkliche Verwendung des Begriffs ‚konservativ‘ und ‚konservative Kräfte‘; das behauptete „schrittweise Abweichen von Rechtsstaatsgrundsätzen“; die Formel: „Berufsverbote für politisch Andersdenkende“.

Doch soll unser Nachweis zu dem, was behauptet wurde in jenem Aufsatz, auch noch durch

⁴⁾ Günsche/Lantermann, S. 19.

⁵⁾ Ebenda.

den Schlußabschnitt ergänzt werden: „Der SPD-Parteivorsitzende (sic!) Herbert Wehner vertrat 1978 in einem Interview sogar die Ansicht, daß wir heute wieder an eine Stelle gekommen sind, in der man dieser Partei soviel vorzuwerfen versucht, daß sie jedenfalls faktisch für das Urteil des durchschnittlichen Mitbürgers und der Mitbürgerin ausgeschlossen ist aus den Reihen derer, in deren Hände mitgelegt werden kann oder gelegt werden kann . . . die Regierung unseres Staates.“⁶⁾

„. . . Und auch heute, da die SPD seit zwölf Jahren im Bund und viel länger in etlichen Bundesländern (mit)-regiert, ist Bismarcks Stachel immer noch spürbar: Allzuoft verzichtet die SPD auf eine klare Haltung gegenüber Versuchen, Rechtsstaatsprinzipien aufzuweichen, gegenüber Versuchen, die Partei pauschal oder Teile von ihr als staatsfeindlich zu diffamieren, gegenüber Versuchen, soziale Errungenschaften wieder abzubauen. So verstanden, ist das Sozialistengesetz auch ein ‚Lehrstück für die Gegenwart‘“⁷⁾.

Bevor wir auf die einzelnen kritischen Punkte ‚zustoßen‘ wollen, sei aber erst einmal eine Lanze zugunsten der SPD gebrochen: Daß die SPD „allzuoft auf eine klare Haltung . . .“ verzichte, das ist ungerecht. Im Gegenteil, die oft sehr heftige Reaktion in der SPD auf Versuche, sie mit Kommunisten in einen roten Einheitstopf zu werfen, die leidenschaftlichen Debatten um die Frage, wie denn Schutz des Staats vor seinen erklärten Feinden mit der Wahrung der Freiheit zu vereinen sei, zeigen das Engagement.

Auch sollte nicht so einfach dahingesagt werden, was vor jenem Schlußsatz der SPD vorgeworfen wurde: „Auf der anderen Seite führte der andauernde Versuch der Konservativen, die Sozialdemokratie als staatsfeindlich zu verleumden, zu politischen Entscheidungen der Partei, die vor allem der Rechtfertigung gegen diesen ständigen Verdacht dienten: Der ‚Burgfrieden‘ vom August 1914, die Unentschlossenheit der Mehrheitssozialdemokratie in der Revolution von 1918 und beim Aufbau der ersten deutschen Republik, die Anpassungsversuche eines Teils der SPD-Führung selbst gegenüber Hitler 1933 finden hier eine Erklärung.“⁸⁾

Keine Pauschalkritik gegen die Sozialdemokraten!

Die Sozialdemokraten waren zu Kriegsbeginn 1914 in einer wahrhaft verzweifelter Lage: Vergeblich hatten ihre Abgesandten kurz vor dem Ablauf der Ultimaten und Mobilmachungen in Paris bei ihren Genossen versucht, eine sozialistische Einheitsfront gegen den Krieg aufzurichten. So haben denn auch nicht allein die deutschen Sozialisten die Kriegskredite mitbewilligt — überall, in allen Ländern, in Frankreich ebenso wie in Großbritannien, riß die Welle des Nationalismus die Massen mit sich. Jene, die weiter blickten, waren eine Minderheit. Und: galt jener Krieg von 1914 nicht den meisten deutschen Sozialdemokraten vor allem als ein Kampf gegen das autokratische Regime der russischen Zaren? Natürlich, heute wissen wir es besser — ist das die Legitimation, so eilfertig und pauschal abzuurteilen? Dasselbe läßt sich über die „Unentschlossenheit der Mehrheitssozialdemokratie in der Revolution von 1918“ sagen. Wer der geschichtlichen Wahrheit die Ehre geben und gerecht urteilen will, der darf nicht mit derlei geschwinden Pauschalurteilen kommen.

Ganz schlimm ist die Kritik an der Haltung der SPD „gegenüber Hitler 1933“. Da muß man sich schon die Mühe machen, etwa das Protokoll der Reichstags Sitzung vom 10. Juni 1933 nachzulesen⁹⁾. Auch ist es nützlich, die sehr offenen und kritischen Erinnerungen Hoegners heranzuziehen. Dann wird die verzweifelte Lage der Sozialdemokraten zu jener Zeit verständlich — ohne daß man die Illusionen (es werde doch nicht so schlimm werden) und die Ängste verschweigt, von denen viele SPD-Politiker damals erfüllt waren. Das sind nicht „Anpassungsversuche“, sondern die letzten, allerletzten Hoffnungen Ertrinkender, die sich auch noch an den kleinsten Strohalm klammern möchten.

Was ein patriotischer Sozialdemokrat in jener Zeit empfand, das ist besonders eindrucksvoll in einem Schreiben Theodor Leiparts an den Dresdner Geheimrat von Nostitz ausgesprochen. Da hieß es: „. . . Sie werden den Aufruf der neuen Reichsregierung gestern abend im Rundfunk aus dem Munde Adolf Hitlers auch gehört haben. Mein Innerstes ist davon noch aufs Tiefste erschüttert. Mein deutsches Na-

⁶⁾ Ebenda, S. 31.

⁷⁾ Ebenda, S. 31.

⁸⁾ Ebenda.

⁹⁾ E. Matthias/R. Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 255.

tionalgefühl, mein Gefühl für die Ehre und das Ansehen des deutschen Volkes ist tief verletzt. Soviel Unehrllichkeit und Ungerechtigkeit, soviel demagogische Falschheit, soviel Unlogik und Schimpferei gegen das eigene Volk aus dem Munde eines deutschen Reichskanzlers, öffentlich vor den Ohren der ganzen Welt — ich schäme mich als Deutscher vor diesem Geschehnis." ¹⁰⁾

Man sollte nicht vergessen, daß es vor Hitler in Deutschland noch niemals so viel Lüge, soviel Haßpropaganda und Agitation gegeben hat. Ein Regierungschef, der in Wahrheit der Chef einer Bande gestrandeter Existenzen gewesen ist und, Versailles und Wirtschaftskrise benützend, die Massen betörte — das alles war neu und unerhört in der deutschen Geschichte. In diesem Sinne ist Hitler nicht etwa ein Werkzeug der Generäle und ein extremer ‚Deutschnationaler‘ gewesen, sondern ein revolutionärer Gewaltpolitiker, der die reaktionäre, faschistische Ideologie benützte, um seine „nationale Revolution“ voranzutreiben.

Wer vom gesicherten Port unserer eigenen Zeit urteilt und aburteilt, der sollte erst einmal versuchen, jener Zeit nach 1933 und den damals Handelnden gerecht zu werden. Von „Anpassungsversuchen“ kann man am allerwenigsten gegenüber der damaligen SPD sprechen. Da lagen die Dinge bei den Kirchen und den ‚bürgerlichen‘ Parteien ganz anders. Haben die Autoren denn den 23. März 1933 und die tapferen Worte von Otto Wels vor aller Öffentlichkeit und im Reichstag vergessen?

Anmerkungen zum Sozialistengesetz

Es ist wichtig sich zu vergegenwärtigen, daß der erste Entwurf eines Ausnahmegesetzes gegen die Sozialisten die „schlechte Kopie eines englischen Gesetzes gegen den irischen Geheimbund der Fenier“ gewesen ist ¹¹⁾. Terror und die Abwehr des Staates, das gab es auch in den westlichen Demokratien. Bismarck war mit den geplanten Ausnahmegesetzen in einer wahrhaft großen Gesellschaft. Das entschuldigt nicht, aber es hilft, die Zeit richtig zu bewerten. Dazu kommt, daß die Sozialdemokraten sich damals verbal als Klas-

senkämpfer und Umstürzler gaben. Man konnte leicht übersehen, daß sie in Wahrheit wünschten, endlich den Staat tragen zu dürfen. Jedoch: darf man dabei vergessen, wieviel revolutionäres Pathos in der damaligen Sozialdemokratie lebte, wie sehr man zum Beispiel den Aufstand der Pariser Kommune vom Winter 1870/71 sich als Vorbild nahm, jene Ereignisse weit überschätzend? Es waren eher starke Worte, die dabei gesprochen wurden, hinter denen keineswegs starke Taten oder eine wirkliche Umsturzbereitschaft stand — gewiß! Aber es wirkte eben doch und erleichterte es den Gegnern der Sozialdemokratie, die Sozialisten in das Extrem einer „Umsturzpartei“ zu drängen. So hatte August Bebel zwei Wochen nach dem Ende des Kriegs gegen Frankreich vor dem Ersten Reichstag des neuen Reiches erklärt: „Das war nur ein Vorpostengefecht! Ehe wenige Jahre vergehen, wird der Ruf der Pariser Kommune: ‚Krieg den Palästen, Friede den Hütten!‘ zum Schlachtruf aller Proletarier Europas geworden sein!“ ¹²⁾

Das waren nach guter deutscher Art kräftige Worte, aus berechtigter Empörung gesprochen. Und sie wurden Munition für die Gegner. Dabei galt doch immer noch, was Kaiser Napoleon III. von den Deutschen gesagt hatte: „Die Deutschen machen keine Revolution. Sie sind nicht Mörder genug“ ¹³⁾.

Heute haben wir Grund, daneben Lenins Wort zu setzen: „Wenn die Deutschen einmal in einer Revolution einen Bahnhof stürmen wollen — dann lösen sie zuvor eine Bahnsteigkarte.“ ¹⁴⁾

Und wir haben in fürchterlicher Weise erleben müssen, daß — so muß man Napoleons Wort nun ergänzen* — die Deutschen durchaus „Mörder“ zu sein in der Lage sind. Aber dann auf Befehl und gleichsam nach Dienstvorschrift.

In summa: Wenn es darum geht, nach Möglichkeiten und Grenzen zu fragen, nach Belastungen und Fehlern, die den Deutschen besonders eigen zu sein scheinen, dann in der Tat ist auch das Sozialistengesetz ein Lehrstück. Nur — mehr kann nicht gesagt sein!

¹²⁾ Sten. Berichte über d. Verh. d. Dt. Reichstages, Bd. 19, I. Session.

¹³⁾ M. Freund, Deutsche Geschichte, Gütersloh 1960, S. 390.

¹⁴⁾ Verschiedentlich überliefert, doch Wortlaut umstritten.

¹⁰⁾ Matthias/Morsey, S. 232.

¹¹⁾ Nach M. Stürmer (Hrsg.), Bismarck und die preußische Politik, dtv München 1970, S. 92.

Schiefe Vergleiche

„Für uns und unsere Nachbarn bleibt festzustellen, daß bestimmte Vorurteile gegenüber diesem Land und dieser Nation in einigen europäischen Ländern außerordentlich zählebig sind. Diese Vorurteile sind aus der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands heraus durchaus verständlich.

Man beleidigt die Würde dieser Demokratie, wenn man ihr faschistische oder faschistoide Züge unterstellt... Wir gründen unser Selbstbewußtsein auf die dreißigjährige demokratische Tradition, auf die Leistungen unseres Landes in Politik, Recht, Wirtschaft und beim Aufbau eines vorbildlichen Sozialwesens. Vieles ist noch zu tun. Für Kritik sind wir dankbar. Aber man sollte aufhören, unsere demokratische Substanz anzuzweifeln. Unsere Fehler, die ich nicht leugne, sind, soweit ich das beurteilen kann, nicht schwerer erträglich als die unserer Nachbarn.“¹⁵⁾

In allem Ernst: Wer, wie die beiden Autoren, das Bismarck-Deutschland der Zeit nach 1871 mit der Bundesrepublik Deutschland in so nahe Parallelen setzt, der muß sich erst einmal fragen lassen, ob er beide Staatssysteme wirklich intensiv und vorurteilsfrei genug betrachtet und ob er sich ausreichend darum bemüht hat, zu differenzieren und vor allem: wie weit er sich in seiner Kritik von der Propaganda frei gemacht hat.

„... Ebenso wie die gelenkte Kunst ist die Propaganda — der Gegensatz der Information — die übliche geistige Nahrung des weitaus größten Teils der Menschen... Die zum Wesen unseres Gesellschaftstypus gehörende Selbstkritik, die nicht aufgegeben oder reduziert werden kann, ohne daß diese Gesellschaft sich selbst zerstört, hat eine gewissermaßen zwangsläufige Folge: Es ist nämlich der einzige Gesellschaftstypus, dessen Mitglieder unablässig auf die vorhandenen Fehler hinweisen... Infolge der kumulierenden Wirkung dieser Kritiken, die immer in dieselbe Richtung gehen, gibt es bald und gibt es schon jetzt nur noch einen einzigen Angeklagten und Anklagbaren: Die Handvoll entwickelter und annähernd demokratischer Gesellschaften.“¹⁶⁾

¹⁵⁾ Bundespräsident Scheel am 19. 9. 1978 vor dem XXIII. Weltkongreß des Internationalen Gemeindevorbandes in Hamburg; FAZ vom 20. 9. 1978.

¹⁶⁾ Jean-François Revel, Die Selbstkritik des Westens und die totalitären Gesellschaften, FAZ vom 18. 9. 1978, Nr. 209.

Bundespräsident Scheel weist darauf hin, daß wir nunmehr eine dreißigjährige demokratische Tradition haben, eine gewiß vielfältig verbesserungsbedürftige und stets gefährdete Demokratie, aber eben ein demokratisches System, das nur derjenige in die Nachbarschaft autoritärer oder gar faschistischer Staatsordnungen rücken kann, der den beneidenswerten Vorzug besitzt, weder in absoluten noch gar in diktatorischen Staaten leben zu müssen, und die weniger beneidenswerte Neigung zeigt, auf Propaganda hereinzufallen. Wo die giftigen Früchte der Propaganda stecken — nimmt man Eingangssätze und Schlußabschnitt des Beitrags zum Sozialistengesetz —, das sei hier an einigen Beispielen angedeutet. Wir müssen uns mit dem Augenfälligsten begnügen.

Konservativ = reaktionär?

Die Autoren haben es auf die „Konservativen“ abgesehen. Sie behaupten in schlichter Unbefangenheit, den „Sozialdemokraten werde heute nationale Unzuverlässigkeit vorgeworfen“ und es „führte der andauernde Versuch der Konservativen, die Sozialdemokratie als staatsfeindlich zu verleumden“, zu dem Verzicht der „SPD auf eine klare Haltung gegenüber Versuchen, Rechtsstaatsprinzipien aufzuweichen“.

Können wir uns hier darauf einigen, daß es sich bei Leuten, die der SPD „nationale Unzuverlässigkeit“ vorwerfen, um Reaktionäre handelt?

Wollen die Autoren wirklich, daß unsere Demokratie nur Liberale und demokratische Sozialisten beherbergt und zur Mitarbeit ruft — und nicht auch Konservative? Geht es nicht stets auch um das „Alte Wahre“ und nicht nur um das „Neue Gute“, um Fortschreiten und Standhalten?

Wer so undifferenziert „konservativ“ mit reaktionär — in der Sache! — gleichsetzt, dem sei angeraten, sich einmal die SED-Propaganda vorzunehmen und ihre Vollzugsgenossen und Nachbeter anzusehen. Und es sei empfohlen, einmal über die für die deutsche Geschichte so wichtige — und leider so wenigen nur bewußte — Tatsache nachzudenken, daß wir in den Konzentrationslagern Hitlers Sozialisten, Liberale und Konservative trafen. Mehr noch: daß vielen Kommunisten — den ersten Opfern des NS-Terrors — dort erst voll der Wert der

Freiheit bewußt geworden ist! Man muß nur an Robert Havemann denken, um eine Antwort zu erhalten, wo heute jene Kommunisten stünden, die nach 1933, zusammen mit Liberalen und Christen, in die Gefängnisse und Konzentrationslager geworfen wurden.

Das „Abweichen vom Rechtsstaat“

„Die moderne Gesellschaft erhält ihre Grundverfassung aus einer dreifachen Rechtsgewährleistung: Der Rechtsgleichheit, der allgemeinen Erwerbsfreiheit und der Garantie des erworbenen Eigentums.“¹⁷⁾

Hier, in unserer Auseinandersetzung, geht es vor allem um die Rechtsgleichheit, wie sie in Artikel 3 des Grundgesetzes formuliert ist, und um die Freiheit der Berufswahl (Artikel 12 GG), die sich aus dem „Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit“ (GG Art. 2) herleitet.

Wer von ‚Berufsverbot‘ redet und etwa Lehrern einen absoluten Anspruch zumißt, vom Staat angestellt zu werden, ohne das Eignungsgebot des Artikels 33 zu berücksichtigen, der ist ein Opfer linksextremer Propaganda. Wer vom „Abweichen vom Rechtsstaat“ redet, weil Extremisten vom Staatsdienst ferngehalten werden, der übersieht, daß der Gleichheitsgrundsatz von Artikel 3 nur gebietet, Gleiches gleich zu behandeln, keineswegs aber verbietet, Ungleiches ungleich zu behandeln. Die Frage nach der Eignung aber bedeutet Differenzierung, heißt nach Qualität — und dazu gehört wesentlich auch das aktive Eintreten für die zentralen Forderungen des Grundgesetzes — zu beurteilen und damit notwendig auch zu sichten. Nein, der „Rechtsstaat“ fordert genau dies: Bewerber, die solche Bedingungen nicht erfüllen, vom Staatsdienst fernzuhalten! Daß dabei Vernunft walten sollte, daß staatliche Bürokratien in ihrem Drang zur Perfektion in Grenzen gewiesen werden müssen — das sollte sich eigentlich von selbst verstehen.

Wir müssen uns nun dem Agitationswort „Berufsverbot“ zuwenden. Die Autoren scheinen es ja nicht als Schlagwort zu werten, sondern ernst zu nehmen. Schlimmer noch — und hier ist nichts zu beschönigen —, sie setzen die

„Berufsverbote“ von 1878 in Vergleich zu den angeblichen von heute.

Berufsverbote? Berufsgebote!

„Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.“ (Art. 12, 1 GG)

„Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.“ (Art. 5, 3 GG)

„Die Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse ist als ständige Aufgabe in der Regel Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu übertragen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen.“ (Art. 33, 4 GG)

„Das Grundgesetz in Artikel 33 ... nennt für den Zugang zu öffentlichen Ämtern drei Kriterien: Eignung, Befähigung und fachliche Leistung ... Sicherlich mag sich ... in den Reihen der radikalen Linken ein beachtliches Ausmaß von Intelligenz finden. Aber es fehlt an Eignung für den öffentlichen Dienst, ja diese Art von geforderter Eignung steht gerade im Gegensatz zu Radikalität oder zu revolutionärem Drang ... Daß revolutionäre Solidaritätsbindungen quer durch die Ämter sehr wirksam sein können, hat die nationalsozialistische Infiltration in die Behörden der allgemeinen Verwaltung und der Polizei vor 1933 gezeigt. Manche Revolutionäre machen heute aus ihrer Absicht keinen Hehl; sie wollen durch ihren Eintritt in den öffentlichen Dienst die Chance erhalten, von dort aus ihren Zielen Geltung zu verschaffen. Gerade weil die Revolutionäre der Zahl nach schwach sind, sehen sie im öffentlichen Dienst eine Multiplikationschance für ihre Aktionen.“¹⁸⁾

Theodor Eschenburg gehört zu jenen Professoren und Politikern, die die Weimarer Republik nicht nur kritisch erfahren und schmerzlich erlebt haben, sondern auch entschlossen sind, daraus die Konsequenzen zu ziehen — ähnlich wie es die Verfasser des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat gehalten haben, als sie unmißverständlich festlegten, daß Bürger, die im besonderen Dienst der Allgemein-

¹⁷⁾ Ernst W. Böckenförde, Sicherung der Freiheit, Vortrag vor dem rechtspolitischen Kongreß der SPD in Düsseldorf, in: FAZ vom 18. Sept. 1977.

¹⁸⁾ Theodor Eschenburg, Revoluzzer als Beamte? Grenzen für die Aufnahme in Staatsstellungen, in: Die Zeit, Mai 1977.

heit stehen — Beamte, aber ebenso auch Abgeordnete als Glieder demokratischer Parteien —, diesem demokratischen Staat gegenüber eine Treuepflicht haben. Ist das nicht der Fall, so fehlt ein entscheidendes Moment der Eignung.

Diejenigen, die das unschätzbare persönliche Privileg innehaben, mit dem „Dritten Reich“ nicht mehr konfrontiert worden zu sein, und auch das Glück genießen, in der Bundesrepublik Deutschland zu leben und nicht in einem „sozialistischen“ Staat nach Art der DDR — wiewohl unser Grundgesetz ihnen jederzeit die Wahlmöglichkeit gibt, sich ein anderes Staatssystem als Lebensbereich zu wählen —, jene Mehrheit der jüngeren Mitbürger hat aber auch Verpflichtungen: sie muß bereit sein, die Erfahrungen der Vergangenheit aufzunehmen, muß wissen, daß es gerade in der Demokratie keine „Toleranz gegenüber der Intoleranz“ geben darf. Sie sollte zur Kenntnis nehmen, daß gerade totalitäre Ideologien und entsprechend aggressive Staatssysteme „Fünfte Kolonnen“ bilden und Meister sind in der Verwirrung der Begriffe und der Vernebelung der Wahrheit.

Eine solche Begriffsverwirrung geschieht, wenn man den Begriff „Berufsverbot“ einfach, als handele es sich um einen allgemein bekannten, allgemein gültigen Tatbestand, in die Welt setzt. Es gab „Berufsverbote“ für Sozialdemokraten vor allem nach dem Sozialistengesetz — ohne Zweifel. Und es gab auch damals eine „Treue-Verpflichtung“ des „Staatsdieners“ gegenüber seiner „Obrigkeit“. Und es gibt die „Treueverpflichtung“ des Beamten heute. Doch — welchem Staate galt das nach 1871, welchem heute?

Wollen jene „Berufsverbot“-Anprangerer denn nicht sehen, was zum Beispiel der Sozialdemokrat Richard Löwenthal in der Auseinandersetzung um die Ministerpräsidentenvereinbarung (fälschlich „Radikalenerlaß“ genannt) festgestellt hat: „... ist die Tatsache, daß sich unter den Tausenden von ‚linksradikalen‘ Absolventen unserer Hochschulen, die sich um Einstellung in den Staatsdienst als Lehrer oder, in geringerer Zahl, als künftige Verwaltungsbeamte und Richter bewerben, ein harter Kern von disziplinierten Kommunisten befindet. Diese Realität darf von den po-

litisch Verantwortlichen um so weniger übersehen werden, als zwischen der DKP und der im Nachbarstaat regierenden SED Beziehungen enger Zusammenarbeit bestehen.“¹⁹⁾

Aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernen

Wir sind uns gewiß in einem wichtigen Punkt einig: Es ist notwendig, die Vergangenheit nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sie so sachlich wie möglich zu betrachten, sondern zugleich zu versuchen, die in ihr liegenden Erfahrungen zu nützen. Daß „gebrannte Kinder das Feuer scheuen“, sollte das nicht auch für die Deutschen gelten?

Fragen wir also, was uns die Ereignisse vor hundert Jahren, um das Sozialistengesetz, an Einsichten vermitteln können! Und stellen wir gleichzeitig von vornherein klar, daß es zwar Entwicklungslinien gibt, die vom Bismarckreich bis zur Gegenwart führen, daß aber das Deutsche Reich von 1871 bis 1918 — ein halbabsoluter Obrigkeitsstaat — und die Bundesrepublik Deutschland — die erste, voll in den Grundrechten gegründete parlamentarische Demokratie der deutschen Geschichte — durch Welten voneinander getrennt sind.

Erst wenn wir das uneingeschränkt anerkennen, gleichzeitig um die Mängel wissend, können wir nicht nur billigen, daß die Sozialdemokraten von 1878 den Bismarck-Staat bekämpften, sondern sind in der Lage, nach den Gemeinsamkeiten unter Demokraten zu fragen, nach dem was uns — also wohl auch Autoren und Kritiker — verbindet.

Was wir verteidigen

„Daß bei uns kommunistische Autoren (wie Kohut) ihre Bücher verlegen können, die sie in ihrer Heimat nicht veröffentlichen dürfen;

daß zur Verteidigung der Errungenschaften nicht der Henker zuständig ist;

daß man sich öffentlich gegen die Regierung äußern kann, ohne in eine Nervenheilstätte eingewiesen zu werden;

¹⁹⁾ Richard Löwenthal, Wer ist ein Verfassungsfeind, in: Die Zeit, ebenda.

daß die Auslandskorrespondenten bei uns im ganzen Land herumreisen können, wie es ihnen paßt . . . ;

daß unsere Wahlberechtigten zwischen mehreren Kandidaten auswählen können;

daß sie ihre Stimme einem Kandidaten geben können, der öffentlich dafür eintritt, daß die bestehende gesellschaftliche und politische Ordnung abgeschafft wird;

daß die Arbeiter bei uns nicht verpflichtet werden, zu Ehren des 1. August und des Eidgenössischen Bettages eine Extraleistung zu erbringen;

daß man sie nicht zur Erklärung zwingt, sie wollten das freiwillig und spontan tun;

daß der Arbeitnehmer nicht gezwungen ist, seine Interessen als identisch mit denen seines Arbeitgebers zu deklarieren;

daß bei uns der Streik nicht als volksfeindliche Sabotage bestraft werden kann;

daß wir keine Staatsreligion haben, zu der sich jeder auch um den Preis einer Lüge bekennen muß; . . .

daß wir nicht gezwungen sind, ausländische Mächte ‚brüderlich‘ zu nennen;

daß uns das alles selbstverständlich scheint, obwohl es außerhalb unserer Gesellschaftsordnung nirgends selbstverständlich ist.“²⁰⁾

Wir haben mit Absicht hier eine Schweizer Stimme zitiert, weil sie zeigt, wie weit eine ‚alte‘, bewährte, wirklich von den Bürgern getragene Demokratie die Freiheitsrechte sichern kann. Wir waren nach 1945 jener Demokratie keineswegs so sicher, wir hatten vielmehr — wie am Grundgesetz abzulesen ist — große Sorgen, die schlimme Vergangenheit könnte sich wiederholen. Daher band man (in Artikel 21) die Parteien an die demokratische Grundordnung, wie sie in Artikel 1 und 20 fixiert ist. Es war aus dieser Erfahrung heraus auch konsequent, 1952 die rechtsextreme SRP und 1956 die linksextreme KPD zu verbieten, nachdem Verbotsantrag gestellt worden war.

²⁰⁾ Aus: Der Schweizer Soldat, Juli 1972.

Vielleicht ist es heute, dreißig Jahre später, möglich, auf den Verbotsantrag gegenüber der NPD zu verzichten und auch die Feststellung, die DKP (und zahlreiche K-Parteien und Gruppen) sei eine Nachfolgepartei der KPD und damit automatisch verboten, zu unterlassen.

Das mag sein — es ist eine politische Entscheidung. Wobei wirklich nur das Bewußtsein, daß man auf das Verbot verzichten kann, entscheidend sein sollte — und nicht etwa außenpolitische Rücksichten. Dann, aber nur dann, wären wir vielleicht einen Schritt weiter in Richtung auf bewährte, ‚alte‘ Demokratien, ähnlich der in der Schweiz fest im Bürgersinn verankerten. Doch nur dann . . .

Um ein Mißverständnis gleich auszuräumen: In der Schweiz haben Kommunisten und Neonazis nicht die geringste Chance, in den Staatsdienst zu kommen. Sie sind, darin besteht volle Übereinstimmung, nicht „geeignet“. Dort hat der „Lange Marsch durch die Institutionen“ nicht einmal begonnen.

Was ist zu tun?

„Deshalb liegt es nahe, daß der stellvertretende SPD-Vorsitzende Hans Koschnick die ‚Beschäftigung mit jenen zwölf Jahren Gewalt Herrschaft mehr als nostalgische Selbstbefriedigung‘ (Vorwort zu Günsche/Lantermann, Verboten, aussperren, diffamieren, Köln/Frankfurt 1978, S. 9) nennt und der sozialdemokratische ‚Vorwärts‘ das Sozialistengesetz als ‚Lehrstück für die Gegenwart‘ bezeichnet. Und doch tut sich die SPD — abgesehen von einer eher polemischen Form der Auseinandersetzung — schwer, die Parallelen zwischen 1878 und heute zu ziehen. Denn diese würden neben der Kontinuität einer ‚rechtslastigen‘ Agitation auch aufzeigen, daß die Sozialdemokratie als Regierungspartei — wie die Konservativen und Nationalliberalen schon damals — selber der Versuchung zu erliegen scheint, gegenüber radikalen ‚Systemverändern‘ radikal durchzugreifen.“²¹⁾

Zu dem, was wir tun müssen, gehört erst einmal — davon wurde hier bereits gesprochen —, daß wir der Geschichte gerecht werden.

²¹⁾ Günsche/Lantermann, S. 19.

Also — auf die hier von Günsche und Lantermann angesprochenen „Systemveränderer“ bezogen — die Feststellung: Damals, 1878, wollten die sozialdemokratischen „Systemveränderer“ die parlamentarische Demokratie, wollten die Freiheit sichern gegen den von Bismarck mit dem Sozialistengesetz vorangetriebenen Obrigkeitsstaat. Der damalige Fraktionsvorsitzende im Reichstag, August Bebel, sagte in der Reichstagsdebatte vom 11. April 1871: „Ich will hier nur zunächst bemerken, daß, als vor ca. 8 Monaten der König von Preußen Berlin verließ und nach dem Kriegsschauplatz abreiste, er in einer Proklamation ausdrücklich aussprach, daß aus diesem Kriege die freiheitliche und einheitliche Entwicklung Deutschlands hervorgehen solle. Nun, meine Herren, ich hätte denn doch geglaubt, daß, wenn man von höchster Stelle dieses Versprechen nicht erfüllt hat, nach meiner Überzeugung es wenigstens Aufgabe und Pflicht des Reichstages gewesen sei, an dieses Versprechen zu erinnern und alles aufzubieten, um dieses Versprechen zur Verwirklichung zu bringen. Statt dessen aber höre und sehe ich aus den ganzen Verhandlungen, daß nicht nur diejenige Partei, die Herren von der Rechten, die von je her von freiheitlichen Rechten gar nichts wissen wollen — das bringt ja ihre Natur mit sich —, sondern daß auch die Herren hier von der Linken, die seit 3, 4, 5 Jahren uns beständig damit verträstet haben: Haben wir erst die Einheit, dann bekommen wir auch die Freiheit, daß die Herren heute — erklären, es ist nicht opportun, die Freiheitsfrage . . .“²²⁾.

Bebels ernste Worte gingen in „Heiterkeit“ und Tumult unter. Und die „Systemveränderer“ heute? Erst einmal ganz unmißverständlich: Wenn sie das „System“ — so nennt man, wie die Nationalsozialisten die Weimarer Republik, heute wieder die „BRD“ — ändern wollen, so greifen sie an die Substanz der in den Grundrechten, der Gewaltenteilung — soweit sie noch möglich ist — und dem Föderalismus gegründeten Bundesrepublik Deutschland.

Sie behaupten zwar, nun die wahre „Demokratie“ zu schaffen, reden vom „demokrati-

²²⁾ Sten. Berichte über die Verh. d. Dt. Reichstages, Bd. 19, S. 94 ff.

schen Zentralismus“, der Verbrämung des „volksdemokratischen“ Kommandosystems, lehnen den Föderalismus ab und praktizieren die Unterwerfung aller Staatsgewalt unter den Parteibefehl. Und die Grundrechte gelten nur, soweit es der Partei- und Staatsräson paßt. Sie werden nur gewährt, begrenzt und auf Widerruf. Muß man dies überhaupt noch im einzelnen belegen, nach den vielfältigen „Machtübernahmen“ an vielen Universitäten und Hochschulen, bedarf es da tatsächlich noch des Hinweises etwa auf die Abendschule in Frankfurt, die Feststellungen der Verfassungsschutzberichte über DKP, NPD und K-Gruppen, über die Finanzierung z. B. der DKP aus Mitteln der sozialistischen „Bruderpartei“, der SED? Ist es da noch nötig, auf die DKP-Parteitage hinzuweisen, auf denen wahre Orgien der „Brüderschaft“ mit den „Bruderparteien“ des Ostblocks gefeiert werden? Ist es da noch notwendig zu fragen, was denn etwa die Schweizer Fremdenpolizei anfinde, wollten höchstmögliche Politbüro- und ZK-Mitglieder bei Parteitag der „Partei der Arbeit“ so auftreten, wie sie das in der Bundesrepublik Deutschland zelebrieren?

Ist es wirklich notwendig, jene Systemveränderer von 1978 grundlegend, eindeutig und in allen Konsequenzen abzuheben von den Sozialdemokraten des vorigen Jahrhunderts?

Wir versagen uns die Antwort. Sie liegt so klar auf der Hand, daß es fast unanständig wäre, noch nach weiteren Beweisen zu suchen.

Und nicht zuletzt: Dürfen wir nicht dankbar sein, daß in der Bundesrepublik Deutschland der Artikel 5 (Meinungsfreiheit) so ernst genommen wird, daß es oft bereits die Demokraten schwer haben, ihre Meinungs- und Demonstrationsfreiheit noch zu erfahren! Es gibt genug „Vollversammlungen“ als Belege!

Vor allem aber: Die größte Gefahr droht nicht von den Extremisten und den Systemveränderern, sondern von der Passivität der vielen, die Demokratie lediglich als angenehmes Konsumprodukt ansehen.

Alfred Grosser, Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels, hat in seiner Rede in der Frankfurter Paulskirche darauf hingewiesen; und auf die folgenden Worte, so meine ich,

könnten sich Demokraten, gleich, welcher Partei und welcher Konfession sie angehören, einigen: „Niemand kann garantieren, daß der junge Mann, der heute an Systemveränderung glaubt, in einigen Jahren wirklich die Grundrechte und die pluralistische Freiheit gegen einen revolutionären Umsturz verteidigen wird. Aber wer garantiert denn, daß Hunderte von Beamten des heutigen Staates die Grundfreiheiten des Bürgers gegen die Staatsmacht verteidigen würden, wenn sich, durch diese oder jene wirtschaftliche Entwicklung gefördert, ein neues autoritäres Regime anbahnen würde? Die größte Gefahr, die eine Demokra-

tie von innen bedrohen kann, das sind nicht so sehr die ihr feindlich gesonnenen kleinen Gruppen. Das ist das Mitläufertum... Es ist kein Zufall, daß eine der beiden großen Parteien als geistige und sittliche Wurzeln des sozialistischen Gedankenguts ‚Christentum, Humanismus und klassische Philosophie‘ nennt, während die andere ein C in ihrem Namen führt, das auf Nächstenliebe und nicht auf Scheiterhaufen hinweisen soll.“²³⁾

²³⁾ Alfred Grosser, Was es heißt, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen, FAZ vom 13.10.1978.

Auf welchem Auge blind?

Gerhart Binder und die „Objektivität“ in der Geschichtswissenschaft

Frappierend, wie unbefangenen Gerhart Binder an den Anfang seiner Replik ein Zitat von K. D. Erdmann über die Objektivität in der Geschichtswissenschaft stellt. Als ob es nicht seit inzwischen 70 Jahren eine Diskussion über die Problematik der Werturteilsfreiheit in der Sozialwissenschaft gebe¹⁾. Noch erstaunlicher aber, wie weit Binder sich in dem Bemühen, die Sozialdemokratie gegen vermutete Kritik zu verteidigen, von seiner eigenen Vorgabe entfernt.

Beispiel 1: der 4. August 1914

In unseren Randbemerkungen zur SPD und ihrer eigenen Geschichtsbetrachtung²⁾ findet sich kein Wort der Kritik an der Burgfriedenspolitik der Sozialdemokratie. Bei allem Verständnis für die Lage dieser Partei vor dem Ersten Weltkrieg wäre sie jedoch angemessen gewesen — wenn dies das Thema gewesen wäre. Binder jedoch, der vom eigenen Anspruch her „objektive“ Wissenschaftler, nimmt ungefragt die Sozialdemokratie gegen angebliche „Pauschalkritik“ in Schutz. Seine Darstellung, die er dann ja wohl als „differenziert“ bezeichnen würde, spricht von der „verzweifelten Lage“ der Sozialdemokratie, der „Welle des Nationalismus“ auch in anderen Ländern, vom „Kampf gegen das autokratische System der russischen Zaren“ — alles Argumente der Burgfriedensbefürworter im Jahre 1914. Kein Wort hingegen zum Standpunkt der Minderheit, die ja nur wegen der traditionellen Fraktions- und Parteidisziplin zunächst noch mit der Mehrheit stimmte. Kein Wort zum Beispiel zur Position von

Hugo Haase, immerhin Fraktions- und Parteivorsitzender und wahrlich kein „linker Spinner“.

Einem „objektiven“ Wissenschaftler stünde es auch gut zu Gesicht, wenigstens am Rande die Rolle des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Albert von Südekum zu berücksichtigen, der dem Kanzler Theobald von Bethmann Hollweg zusicherte, seine Partei denke nicht an Streiks oder Sabotage gegen den Krieg, und der damit den Entschluß zum Überfall auf das neutrale Belgien und Luxemburg erleichterte. Eine Erwähnung hätte auch die Taktik Eduard Davids und Ludwig Franks verdient, die entschlossen waren, gegen ihre Fraktion den Kriegskrediten zuzustimmen³⁾.

Und wenn von den anderen Parteien der Internationale die Rede ist, dann erfordert die „Objektivität“ ja wohl auch, die unterschiedliche Ausgangslage zum Beispiel in Frankreich zur Kenntnis zu nehmen (von Belgien gar nicht zu sprechen). Frankreich war eindeutig Opfer eines Angriffskriegs. Und trotzdem hatten sich die französischen Sozialisten ausbedungen, daß die Regierung als Voraussetzung einer „union sacrée“ Garantien gebe: Daß sie keinen Vorwand für Grenzzwischenfälle liefern und nicht von sich aus den Krieg erklären werde⁴⁾. Von alledem war beim „Burgfrieden“ nichts zu hören.

Aber genug zu Binders Versuch der Ehrenrettung für die Burgfriedenspolitik der Sozialdemokratie. Sie wäre — wie gesagt — nicht nötig gewesen. In dem einen Satz, in dem wir den August 1914 erwähnen, geht es — von Binder zwar richtig zitiert, aber offenbar nicht gelesen — nicht um Kritik an der Sozialde-

¹⁾ Vgl. u. a. Christian von Ferber, Der Werturteilsstreit 1909/1959. Versuch einer wissenschaftlichen Interpretation, in: Ernst Topitsch (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, Köln/Berlin 1967, S. 165 ff.

²⁾ Karl-Ludwig Günsche/Klaus Lantermann, 100 Jahre Sozialistengesetz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/78, S. 31.

³⁾ Nachzulesen u. a. bei Susanne Miller, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S. 41 ff.

⁴⁾ Vgl. Julius Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 2, Berlin/Bad Godesberg 1974², S. 39 ff.

mokratie, sondern um den „andauernden Versuch der Konservativen, die Sozialdemokratie als staatsfeindlich zu verleumden“, und um deren Versuch der „Rechtfertigung gegen diesen ständigen Verdacht“⁵⁾. Wie wichtig dieses Motiv bei der Zustimmung zu den Kriegskrediten war, läßt sich beispielsweise in Hedwig Wachenheims Sammlung der Schriften und Reden Ludwig Franks nachlesen⁶⁾.

Beispiel 2: die Revolution von 1918

„Eilfertig und pauschal“ ist nach Binder auch unsere Formulierung von der „Unentschlossenheit der Mehrheitssozialdemokratie in der Revolution von 1918“⁷⁾. Aus welchem Faktum aber will er das Gegenteil ablesen? In welcher Phase des Umsturzes soll denn die Sozialdemokratie aktiv und entschlossen gewesen sein? Binder verzichtet auf Belege für seinen Vorwurf. Zu Recht, sonst hätte er sich mit der Rolle der Mehrheitssozialdemokratie bei den Streiks, Eberts Festhalten an der Monarchie, seiner eher passiven, nichtsdestotrotz verhängnisvollen Partnerschaft mit dem Militär befassen müssen. Hält Binder tatsächlich den Verzicht auf eine grundlegende Umgestaltung des Wirtschaftssystems, des Beamtenrechts, der Besitzverhältnisse — nach Auffassung einer Reihe auch der Sozialdemokratie nahestehender Wissenschaftler notwendige Voraussetzung für einen Erfolg der ersten deutschen Republik⁸⁾ — für ein Zeichen von Unentschlossenheit? Denkt man diesen Ansatz zu Ende, dann bleibt als Erklärung für die Politik der Ebert und Scheidemann nur die der SED-Historiker: die mehrheitssozialdemokratischen Politiker hätten bewußten „Verrat“ an ihren politischen Zielen begangen⁹⁾.

⁵⁾ Günsche/Lantermann, ebenda.

⁶⁾ Hedwig Wachenheim (Hrsg.), Ludwig Frank. Ein Vorbild der deutschen Arbeiterjugend. Aufsätze, Reden, Briefe, Berlin o. J.

⁷⁾ Günsche/Lantermann, ebenda.

⁸⁾ Z. B. Heinrich Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 77: „Die von den sozialdemokratischen Volksbeauftragten erstrebte parlamentarisch-demokratische Republik hätte nur dann die gewünschte tragfähige Basis bekommen, wenn die Demokratie nicht vor den Kasernen, Bürogebäuden und Fabriktoren halt gemacht hätte, sondern die Strukturen und Machtverhältnisse in Bürokratie und Wirtschaft tiefgreifend aufgebrochen worden wären.“

⁹⁾ Z. B. Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (Ost) o. J., 2. Aufl., S. 110.

Beispiel 3: die SPD 1933

Die Zustimmung der in Berlin verbliebenen SPD-Reichstagsmitglieder zur Hitlerschen „Friedensresolution“ — laut Erich Matthias „ein Vertrauensvotum für die Hitlersche Politik“¹⁰⁾, auch Otto Wels' Rückzug aus dem Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale als Reaktion auf zwei antifaschistische Resolutionen der SAI¹¹⁾, vor allem aber die „Anbiederungspolitik der (sozialdemokratischen) Gewerkschaftsführer“¹²⁾ — läßt es durchaus zu, von „Anpassungsversuchen eines Teils der SPD-Führung selbst gegenüber Hitler“¹³⁾ zu sprechen. Nicht das von Binder zitierte Wehklagen Theodor Leiparts über eine Hitler-Rede hat 1933 die politische Entwicklung beeinflußt, sondern sein tatsächlicher Kurs gegenüber dem Faschismus¹⁴⁾.

Um nicht wieder dem Vorwurf ausgesetzt zu werden, man urteile aus dem Nachhinein leichtfertig, soll dazu ein Zeitgenosse sprechen: Kurt Schumacher nannte 1945 die Haltung des von Binder als Zeuge aufgeführten Leipart und seiner Anhänger in der Partei- und Gewerkschaftsführung eine „Geisteshaltung, die mit der Taktik der Anpassung und des Nachgebens das Größtmögliche erreichen“¹⁵⁾ wollte.

Zu Berufsverboten und „Systemveränderern“

Sind die Nichtanstellung der Sozialdemokratin Charlotte Niess in Bayern wegen ihrer Mitgliedschaft in einer willkürlich als „verfassungsfeindlich“ eingestuften Juristenvereinigung und die Abweisung von DKP-Mitgliedern vom Vorbereitungsdienst für Berufe, in denen der Staat das Ausbildungsmonopol hat, keine Berufsverbote? Ist die Entlassung eines kommunistischen Lok-Führers aus dem Staatsdienst kein Berufsverbot, weil er ja zu einer Privatbahn gehen kann? Oder ist dieses Wort nur deshalb ein Unwort, weil es auch von Kom-

¹⁰⁾ Erich Matthias, Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933—1938, Stuttgart 1952, S. 17.

¹¹⁾ Vgl. Braunthal, Bd. 2, S. 404.

¹²⁾ Ebenda, S. 405.

¹³⁾ Günsche/Lantermann, S. 31.

¹⁴⁾ Besonders anschaulich bei Gerhard Beier, Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, Frankfurt/Köln 1975.

¹⁵⁾ Zit. nach Arno Scholz/Walther G. Oschilewski, Turmwächter der Demokratie. Ein Lebensbild von Kurt Schumacher, 2. Bd., Berlin 1953, S. 96.

munisten verwandt wird? Wer die Untersagung einer bestimmten Berufstätigkeit wegen der bloßen Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Partei verteidigt, stellt sich nicht nur in einen Gegensatz zum Bundesverfassungsgericht, sondern nimmt die Berufsverbotspraxis auch des Kaiserreichs, auch der Nationalsozialisten in Schutz. Was nützt der richtige Hinweis darauf, daß zwischen dem Deutschen Reich und der Bundesrepublik „Welten“ liegen. Soll das heißen, die Arbeiterbewegung habe ihren Kampf ausgekämpft, die liberale Bewegung habe auf ganzer Linie schon gesiegt? Dann allerdings wäre die Forderung nach Veränderung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher — auch politischer — Strukturen tatsächlich als „staatsfeindlich“ unter Acht und Bann zu stellen. Dann gäbe es wirklich keine Parallele zwischen dem Kampf der Bebel'schen Sozialdemokratie und denen, die sich heute für „strukturverändernde Reformen“ aussprechen, also eine „Systemveränderung“ anstreben.

Aber muß sich ein demokratischer Staat nicht immer wieder in Frage stellen lassen? Sind hierzu nicht gerade Hinweise auf unsere totalitäre Vergangenheit notwendig, damit den Anfängen gewehrt werden kann? Was wäre geschehen, wenn niemand gegen die neuen „schwarzen Listen“ über Organisationen und Publikationen in den Händen von Grenzbehörden — Überwachungsmittel, die nicht zufällig an die entsprechenden Listen aus der Zeit des Sozialistengesetzes erinnern —, die Stimme erhoben hätte?

Binder sieht in den heute als „Systemveränderer“ gescholtenen offenbar nur Neofaschisten und Kommunisten, bei denen der Unterschied zur Sozialdemokratie von 1878 auf der Hand liege. Doch wird nicht heute allzu oft allein schon die Forderung nach voller Ausschöpfung der Verfassung als „Systemveränderung“ diffamiert? Wie sonst sollen denn Versuche interpretiert werden, der „sozialen Marktwirtschaft“ Verfassungsrang zu geben? Und welche Bezeichnungen hätte die SPD zu erwarten, wenn sie mit ihrem Godesberger Programm Ernst machen würde, zum Beispiel mit ihrer Forderung nach Demokratie in allen Lebensbereichen¹⁶⁾? Hieße dies nicht letztlich Bestimmung durch die Mehrheit auch in der Wirtschaft? Oder wie steht es mit der „Bändigung der Macht der Großwirtschaft“ als „zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik“¹⁷⁾ oder der Forderung nach „Investitionskontrolle“¹⁸⁾ — alles keine „Systemveränderungen“?

Gerhart Binder gibt vor, eine „Lanze“ zugunsten der SPD zu brechen. Doch welche SPD hat er im Sinn? Offenbar nur die von Auer, nicht die eines Bebel, die von Noske, nicht die einer Luxemburg, die von Löbe und Leipart, nicht die eines Kurt Schumacher. Zu der von ihm beanspruchten Objektivität gehört aber das gesamte Spektrum der Sozialdemokratie — sonst wird das linke Auge blind.

¹⁶⁾ Vgl. Grundsatzprogramm der SPD, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn o. J., S. 7.

¹⁷⁾ Ebenda, S. 20.

¹⁸⁾ Ebenda, S. 22.

Horst Ueberhorst: Carl Schurz und die Deutschamerikaner

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/79, S. 3—17

Von den in Amerika eingewanderten Deutschen gelangte Carl Schurz zu überragender Bedeutung. Wie kaum ein Immigrierter konnte er Einfluß auf die Geschichte des Landes nehmen. Seit seinem Eintritt in die amerikanische Politik (1856) durchlief er die Positionen eines Stadtrats in Watertown, eines Wahlkämpfers für Lincoln, eines amerikanischen Gesandten in Spanien, eines Generals in der Unionsarmee, eines Senators von Missouri und eines Innenministers unter Präsident Hayes.

Der in Liblar bei Köln geborene Sohn eines Schulmeisters studiert in Bonn Geschichte und Literaturwissenschaft, wird Sprecher der liberal-revolutionären Studentenschaft und mit seinem Lehrer G. Kinkel einer der führenden Köpfe des Volksaufstandes von 1848. Nach dem Scheitern des Aufstandes und einer abenteuerlichen Flucht in die Schweiz erwirkt er eine mit großer Geschicklichkeit und Kaltblütigkeit betriebene Befreiung seines Lehrers Kinkel aus dem Spandauer Zuchthaus und wandert schließlich 1852 nach Amerika aus. In den USA studiert er amerikanisches Recht und amerikanische Verfassungsgeschichte. Beim Studium der amerikanischen Politik erkennt Schurz zwei „Krebsschäden“, die Negersklaverei und das sogenannte Beutesystem, d. h., daß bei einem Regierungswechsel die an die Macht gelangte Partei Zeit und Arbeit fast nur darauf verwendet, alle Ämter an ihre Parteimitglieder zu verteilen. Im Wahlkampf für Lincoln sagt er seinen Hörern immer wieder, daß die amerikanische Politik alle Mißbräuche bekämpfen und die Sache der Freiheit und Menschenrechte vertreten müsse. Im Bürgerkrieg, in dem der größte Teil der Deutschamerikaner auf seiten der die „Sklavenstaaten“ bekämpfenden Unionstruppen stand, bewährte sich Schurz als Soldat und Truppenführer. Die Teilnahme der Deutschamerikaner an dem für die Menschenrechte geführten Bürgerkrieg trug wesentlich zur Integration der eingewanderten Deutschen in die amerikanische Gesellschaft bei. Als Senator von Missouri nimmt er den Kampf gegen das Beutesystem erneut auf und als Innenminister unter Präsident Hayes setzt er eine Zivildienstreform durch, d. h., er tut einen wichtigen Schritt zur Entpolitisierung der Beamten. Hohe Anerkennung verdient sein Bemühen, die Indianer in die amerikanische Gesellschaft zu integrieren, obwohl er sich dadurch manche Feindschaft zuzog. Später bekämpfte er die Annexionspolitik Amerikas.

Den Deutschamerikanern standen nach dem Tode von Schurz mit dem hereinbrechenden Weltkrieg Prüfungen bevor, die ihr Selbstbewußtsein zutiefst erschütterten. Die Verfolgungen und Beschimpfungen, die sie mit dem Kriegseintritt der USA erleiden mußten, führten zu einer Identitätskrise, die sie nie mehr ganz überwinden konnten. Nach den Weltkriegen wurden jeweils von verschiedenen Institutionen Maßnahmen eingeleitet, um die abgebrochenen Kulturkontakte wiederherzustellen. Dennoch ist bis heute das Deutschlandbild der Amerikaner, wie es vor allem in Kino- und Fernsehfilmen, in Unterhaltungsheften und selbst in Schulbüchern und historischen Darstellungen sichtbar wird, von gefährlichen Klischeevorstellungen geprägt. Es bedarf vieler Gespräche und Bedingungen, um zur Veränderung dieser Haltung beizutragen.

Klaus-Peter Schmid: Le Monde und die Bundesrepublik Deutschland

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/79, S. 19—23

Seit langem wird Le Monde vorgeworfen, sie sei eine antideutsche Zeitung. Das war besonders im Herbst 1977 angesichts der Berichterstattung über Kappler-Entführung, Mogadischu, Stammheim, Schleyer-Mord und Croissant-Affäre der Fall. Ist ein derart massiver Vorwurf gerechtfertigt? Zumindest in gewissem Umfang; denn Le Monde hat immer wieder Beiträge veröffentlicht, hinter denen eine antideutsche Grundeinstellung vermutet werden muß. Diese Beiträge stammten sowohl von Monde-Redakteuren wie von gelegentlichen Mitarbeitern (so der vielzitierte Artikel von Jean Genet). Den Autoren fehlte es oft an Sachkenntnis, am Bemühen um eine echte Analyse oder um ein Minimum an Verständnis.

Diese Haltung läßt sich auf mehrere Gründe zurückführen, die nicht nur für Le Monde gelten: Es fehlt oft am Interesse, sich über die Bundesrepublik zu informieren, bevor man sie verurteilt. Dies entspricht dem in der französischen Presse ausgeprägten „Ideologiejournalismus“. Ein großer Teil der Monde-Mitarbeiter ist eindeutig den Linksparteien zuzurechnen. Frankreichs Linke hat aber in der Regel ein sehr gestörtes Verhältnis zur Bundesrepublik. Le Monde veröffentlicht (wie andere Zeitungen auch) Meinungsbeiträge, die oft nicht die Ansicht der Redaktion wiedergeben. Der Verdacht einer gezielten Auswahl ist bei Le Monde jedoch sehr stark.

Der an die Adresse von Le Monde gerichtete Vorwurf, sie betreibe eine systematische Verteufelung der Bundesrepublik, ist jedoch unhaltbar. Auch 1977 standen dem verzerrten Deutschlandbild eine Reihe prominenter Beiträge gegenüber, deren Autoren die deutsche Problematik mit Kompetenz und Sympathie darstellten. Daß sich auch Monde-Chefredakteur André Fontaine in diesem Sinne engagierte, zeigt, daß innerhalb der Redaktion des Blattes die Bundesrepublik Gegenstand regelrechter Meinungskämpfe ist.

Gerhart Binder: Der Aufsatz: 100 Jahre Sozialistengesetz — ein Lehrstück. Stellungnahme zu dem Beitrag von Karl-Ludwig Günsche und Klaus Lantermann in B 41/78

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/79, S. 25—33

In der Auseinandersetzung mit dem Aufsatz von Karl-Ludwig Günsche und Klaus Lantermann sollte es nicht um Polemik gehen, sondern um den Versuch einer Klärung:

Erstens: Der Vergleich des Bismarck'schen Sozialistengesetzes von 1878 mit dem „Radikalenerlaß“ der Regierung Brandt und den sogenannten „Berufsverboten“ ist in der vorgetragenen Weise unsachlich und unhistorisch.

Zweitens: Die Anwendung des Schlagworts „Berufsverbot“ im Zusammenhang mit den Gesetzen und Verordnungen, mit denen der Eintritt von Extremisten in den öffentlichen Dienst abgewehrt werden soll, ist unrichtig, ja sie entstammt kommunistischer Propaganda. Denn in Wahrheit handelt es sich dabei um unabdingbare Voraussetzungen für den öffentlichen Dienst, also, wenn man sich in der Formulierung anpassen möchte, um „Berufsgesetze“.

Drittens: Die Bundesrepublik Deutschland ist eine parlamentarische Demokratie und nach dem Grundgesetz eindeutig und unabdingbar ein auf den Grundrechten, dem Föderalismus und der Teilung und Begrenzung der Macht aufgebauter Staat. Wer sich dadurch, daß er nicht bereit ist, jenes Grundgesetz zu bejahen, ja sich für es einzusetzen, abseits stellt oder eine jenem Grundgesetz widersprechende politische Grundanschauung vertritt, der ist „Verfassungsfeind“ im Sinne einer Gegnerschaft zum demokratischen Staat. Ihm wird das Recht zu einer grundsätzlichen Gegenposition in Artikel 5 ausdrücklich verbrieft, aber er hat keinen Anspruch, damit auch in den Staatsdienst genommen zu werden.

Das Deutschland nach 1871, wie es Bismarck geschaffen hatte, war eine konstitutionelle Monarchie mit stark autoritären Zügen, in vieler Hinsicht also keine Demokratie. Wer sich, weil er die demokratischen Grundprinzipien, die Grundrechte und die Normen eines freiheitlichen Sozialismus vertrat, gegen jenen Staat stellte, der kämpfte also gegen ein Unrechtsgesetz, wenn er sich gegen das Sozialistengesetz stellte, und er war — als Sozialdemokrat — Demokrat.

Die Auseinandersetzung mit dem „Radikalenerlaß“ und die Erinnerung an das Sozialistengesetz sollen uns also an die Hauptforderung mahnen: daß es auf das Engagement der Demokraten ankommt und auf eine sachliche Auseinandersetzung. Propaganda, wie sie zum Beispiel mit der unkritischen Übernahme des Schlagworts „Berufsverbot“ und dem schiefen Vergleich des Bismarck-Deutschland mit der Bundesrepublik Deutschland getrieben wird, schadet der gemeinsamen Sache.

Karl-Ludwig Günsche/Klaus Lantermann: Auf welchem Auge blind? Gerhart Binder und die Objektivität in der Geschichtswissenschaft

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/79, S. 35—37